

STADT.LAND.LINKS

Das Verbandsmagazin der NRW JUSOS



NRWJUSOS



**Jochen Ott
im Interview**

Seite 6

NRW IN GUTEN HÄNDEN?

**NRW in guten Händen?
Eine Zwischenbilanz**

Seite 4

Chemie & Pflege im Fokus

Seite 10

**Maximilian Reeck:
Mit Plan gegen Rechts in
der Kommune**

Seite 16

**SABRA-Gastbeitrag:
Antisemitismus in
Bildungskontexten**

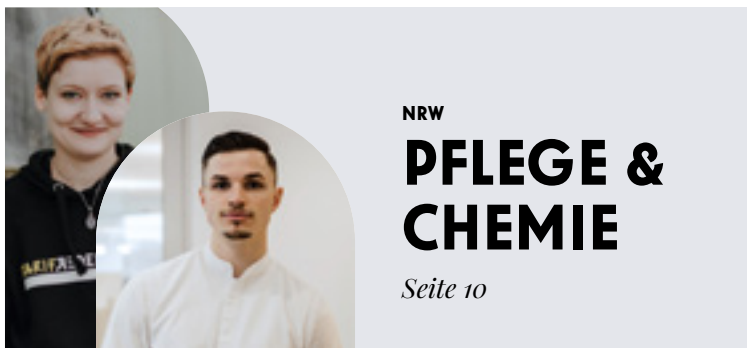
Seite 18

**Caritas International:
Erfahrungsbericht aus
der Ukraine**

Seite 22

Nr.
35

April 2026



LIEBE NRW JUSOS,

wir sind mittendrin im „Super-Wahljahr“ und bisher erschrecken die Ergebnisse. In Rheinland-Pfalz verliert die SPD seit über drei Jahrzehnten das erste Mal das Amt in der Staatskanzlei, in Baden-Württemberg gelang der Wiedereinzug in den Landtag nur knapp. Der Abgang der Sozialdemokratie ist in vollem Gange. Und natürlich treibt uns NRW Jusos diese eine Frage um:

Warum schafft es die SPD immer seltener, Menschen zu begeistern?

Wir gehören aber eben nicht zu jenen, die meinen, es sei eh schon alles verloren und die sozialdemokratische Bewegung sei überholt. Ganz im Gegenteil: Das Super-Wahljahr steht bei uns im Land 2027 an und unser Ziel ist klar: Es geht zurück in die Staatskanzlei!

Anfang des Jahres hat die NRWSPD einen wichtigen Schritt dorthin gemacht, denn inzwischen steht fest, dass Jochen Ott unser Spitzenkandidat ist. Wofür Jochen brennt und was ihn umtreibt, könnt ihr in diesem Magazin im Detail lesen!

Es sind spannende Zeiten. Sicher nicht nur für Jochen, sondern eben auch für uns NRW Jusos. Denn jetzt heißt es, dass wir unsere Analysen, Konzepte und Forderungen, die wir bei unseren zahlreichen Veranstaltungen gesammelt und erarbeitet haben, zum programmatischen Herzstück der SPD in NRW machen.

Denn wer, wenn nicht wir, weiß: NRW in guten Händen gibt es nur mit einer starken Sozialdemokratie. Und die gibt es eben nur mit starken Jusos. Wie schön, dass wir genau das sind und uns deshalb jetzt schon warm laufen im Kampf um das gerechte Leben für alle in NRW!


Schön, dass du dabei bist!

Solidarische Grüße

Nina



NRW IN GUTEN HÄNDEN?

A black and white illustration of a hand in a suit sleeve holding a green and red flag. The flag features the coat of arms of North Rhine-Westphalia, which includes a white hand holding a red lance with a white unicorn on a red shield, and a red rose at the bottom. The background is a textured grey.

Wer länger dabei ist, denkt beim Titel an den „fetzigen“ 2010er-Wahlkampfsong von Jürgen Rüttgers – statt an Hendrik Wüst und die aktuelle Landesregierung. Und das aus Gründen. Eine Zwischenbilanz:



Lea (25) liebt Nordrhein-Westfalen. Und setzt alles daran, dass „NRW in guten Händen“ 2027 wieder Zustandsbeschreibung wird statt Andenken an Wahlkampf-Verirrungen eines Jürgen Rüttgers.

Was uns wichtig ist, legen wir in gute Hände. Mir ist NRW wichtig. Deshalb möchte ich es in guten Händen wissen. Doch was bedeutet das eigentlich? Sicher nicht endlose Pressekonferenzen und PR-Termine. Ich glaube: gute Hände zeigen sich im Alltag der Menschen: in funktionierenden Schulen, bezahlbaren Wohnungen, verlässlicher Mobilität und handlungsfähigen Kommunen. Vier Jahre nach der Landtagswahl vom 15. Mai 2022 und fast ein Jahrzehnt nach Beginn der CDU-geführten Landesregierung unter Armin Laschet und heute Hendrik Wüst ist es Zeit für eine Zwischenbilanz. Die entscheidende Frage ist nicht, wie sich die Regierung selbst darstellt. Die Frage ist vielmehr:

WIE IST TATSÄCHLICH DIE LAGE IN NORDRHEIN-WESTFALEN?



KOMMUNALES:

Ein Blick auf die Kommunen gibt darauf eine ernüchternde Antwort. Viele Städte und Gemeinden kämpfen mit massiven finanziellen Belastungen. Die Altschuldenproblematik ist seit Jahren bekannt, eine Lösung steht weiterhin aus. Gleichzeitig wächst der Investitionsstau: Schulen müssen saniert, Straßen erneuert, Gebäude modernisiert und Maßnahmen zur Klimaanpassung umgesetzt werden. Am besten gestern. Gerade strukturschwache Städte stehen dabei besonders unter Druck. In Städten wie Oberhausen ist die Haushaltskrise längst Realität. Während viele Kommunen erst jetzt ins Straucheln geraten, gehört Haushaltssicherung dort seit Jahren zum Dauerzustand. Hinzu kommt ein strukturelles Problem: Immer wieder werden Aufgaben von Bund und Land an die kommunale Ebene weitergegeben, ohne auskömmliche Finanzierung. Gelder, die der Bund bereitstellt, leitet die Landesregierung nur bedingt an die Kommunen weiter. Die Folgen sind überlastete Verwaltungen, verschobene Investitionen und wachsender Frust. Wenn Nordrhein-Westfalen wirklich „in guten Händen“ sein soll, müsste sich das zuerst in handlungsfähigen Rathäusern zeigen.



BILDUNG:

Auch in der Bildungspolitik klappt die Lücke zwischen Anspruch und Realität. NRW kämpft weiter mit erheblichem Lehrkräftemangel, viele Schulen arbeiten längst über ihrer Belastungsgrenze. Besonders sichtbar wird das

an den Förderschulen: Eine Umfrage der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) aus 2026 unter rund 1.600 Beschäftigten zeigt, dass der Ganztags vielerorts am Limit ist. Personal fehlt, Belastungen steigen, gleichzeitig wächst der Anspruch an individuelle Förderung. Hinzu kommt ein strukturelles Problem der Bildungsgerechtigkeit: Noch immer hängt der Bildungserfolg stark davon ab, in welchem Umfeld Kinder aufwachsen und welche Möglichkeiten ihre Schulen vor Ort haben. Ein weiteres Warnsignal aus diesem Bereich kommt aus dem Bereich Ausbildung. Laut Ausbildungsreport 2025 des DGB bleibt etwa jeder fünfte Mensch zwischen 20 und 34 Jahren in Nordrhein-Westfalen ohne Berufsabschluss. Damit liegt das Land damit auf einem der schlechtesten Plätze im bundesweiten Vergleich.



STRASSEN:

Auch bei der Infrastruktur zeigt sich, wie groß die Herausforderungen in Nordrhein-Westfalen sind. Das Land bleibt Stauland Nummer eins: 2025 summierten sich die Staus laut ADAC auf rund 280.000 Kilometer, Pendler*innen standen insgesamt etwa 168.000 Stunden im Stau. Besonders betroffen sind Ballungsräume wie Essen, Köln, Düsseldorf oder Wuppertal. Die Folgen sind spürbar: längere Pendelzeiten, wirtschaftliche Kosten und zusätzliche Belastungen für Umwelt und Klima. Jahrelange Investitionsankündigungen brachten vielerorts nur begrenzten Fortschritt. Armin Laschets Wahlkampfspruch, Pendler*innen müssten morgens nicht frühstücken, da sie „ins Lenkrad beißen“, ist längst zu einem Symbol der verkehrspolitischen Dauerkrise geworden.



BUS UND SCHIENE:

Auch der öffentliche Nahverkehr steht unter Druck. Wer auf Busse und Bahnen angewiesen ist, spürt jede Störung unmittelbar: Ausfälle bedeuten längere Wege, höhere Kosten oder im schlimmsten Fall Arbeits- oder Unterrichtsausfälle. 2023 fielen in NRW mehr als 16 Millionen Zugkilometer aus, sowohl geplant als auch kurzfristig. Die Gründe liegen im Personalmangel, Fahrzeugproblemen und maroder Infrastruktur. Besonders problematisch sind einige Regionalexpress- und S-Bahn-Linien: Beim RE10 (Kleve-Düsseldorf) fällt zeitweise jede zweite Verbindung aus, auch der RE7 (Krefeld-Münster) und der RE5 (Wesel-Koblenz) sind regelmäßig verspätet. Gleichzeitig ist das Pendeln mit ÖPNV für viele Menschen

in NRW, gerade auf dem Land, erst gar keine Option, da sie keine oder nur eine schlechte Anbindung haben oder der Weg mit dem ÖPNV um einiges länger dauert als mit dem Auto, bei gleichzeitig hohen Ticketpreisen. So wird das nichts mit der Verkehrswende. Die Infrastrukturprobleme machen sich nicht nur in Zahlen bemerkbar, sie greifen direkt in den Alltag der Menschen ein: Mobilität wird in vielen Fällen zum Privileg.



WOHNEN:

Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auf dem Wohnungsmarkt. Auch hier verschärft sich die Lage zunehmend. Im Jahr 2025 sind die Mieten in Nordrhein-Westfalen im Durchschnitt um rund 5,5 Prozent gestiegen. Gleichzeitig bleibt der Wohnungsbau hinter dem tatsächlichen Bedarf zurück, und Baugenehmigungen dauern vielerorts weiterhin sehr lange. Gerade in den großen Städten wird bezahlbarer Wohnraum damit immer knapper. Für viele Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen und Familien mit mehreren Kindern wird die Wohnungssuche zunehmend zur Belastung.

All diese Entwicklungen haben eines gemeinsam: Sie zeigen, dass soziale Fragen in Nordrhein-Westfalen zunehmend mit Infrastruktur, Bildung und kommunaler Handlungsfähigkeit zusammenhängen. Wenn Busse nicht fahren, Wohnungen unbezahlbar werden oder Schulen überlastet sind, trifft das nicht alle gleich. Es trifft besonders diejenigen, die ohnehin weniger Spielräume haben. Gerade in Zeiten wachsender politischer Unsicherheit und erstarkender rechtsextremer Kräfte ist das auch eine demokratische Frage. Ein Staat, der funktioniert, der investiert und der soziale Sicherheit gewährleistet, ist notwendig, um das Vertrauen in demokratische Institutionen zu stärken. Um es also kurz zu machen: NRW ist offensichtlich nicht in guten Händen.

Zum Glück gibt es da aber eine Kraft, die sich auf den Weg macht, dass NRW jetzt erst gerecht wird. Das ist die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen, das sind die NRW Jusos und das ist...

JOCHEN OTT

**UNSER
SPITZENKANDIDAT
IM GROSSEN
NRW-JUSOS-INTERVIEW
MIT MICHELLE GNATZY**

JOCHEN, ICH FREUE MICH SEHR, DASS DU DIR DIE ZEIT GENOMMEN HAST.

Gerne.

IN EINEM JAHR IST LANDTAGSWAHL IN NRW. DU BIST DESIGNIERTER SPITZENKANDIDAT. BEVOR WIR ÜBER DIESES UND DAS NÄCHSTE JAHR SPRECHEN, INTERESSIERT MICH ERST EINMAL, WAS DICH EIGENTLICH SO ZUR SOZIALDEMOKRATIE GEBRACHT HAT.

Geprägt wurde ich früh durch meinen Vater, der Gewerkschafter bei der Deutschen Postgewerkschaft war – so bin ich über den 1. Mai und die Arbeiterbewegung politisch sozialisiert worden. Während meiner Schulzeit erlebten wir im Grunde nur einen Kanzler, Helmut Kohl, und für uns war klar: Er muss abgelöst werden – und zwar durch die SPD. Schon als Schülersprecher engagierte ich mich Anfang der 90er-Jahre politisch, zum Beispiel bei Anti-Golfkrieg-Demos oder Protesten gegen die Abi-Reformen, trat der Partei aber erst nach der Zeit als Kölner Bezirksschülersprecher bei, da ich mich vorher zur Neutralität verpflichtet fühlte.

WANN BIST DU EINGETRETEN?

Mit 18.

AN WELCHER HALTUNG HAT SICH BEI DIR, SEIT DU EINGETRETEN BIST, NICHTS GEÄNDERT?

Ganz klar: Chancengleichheit. Ich bin im Arbeiterstadtteil Höhenberg im Kölner Osten aufgewachsen und habe erlebt, wie Industriearbeitsplätze verschwanden und viele junge Menschen unter schwierigen Bedingungen ins Leben starteten. Und trotzdem haben sich viele durchgekämpft – auch, weil es Menschen gab, die sich gekümmert haben: engagierte Lehrkräfte, Kirchengemeinden und Initiativen vor Ort, die Perspektiven eröffnet haben. Diese Erfahrung prägt mich bis heute. Für mich ist es eine Kernaufgabe der SPD, dafür zu sorgen, dass nicht die Herkunft oder das Einkommen der Eltern über die Zukunft eines Kindes entscheidet.

ICH HABE RECHERCHIERT: SPORT HAT IN DEINER BIOGRAFIE AUCH SEINEN PLATZ. WELCHE RELEVANZ HAT SPORT, HABEN SPORTVEREINE IN UNSERER GESELLSCHAFT?

Beim Sport lernst du Regeln und mit Niederlagen umzugehen. Ein guter Gewinner sein, ein guter Verlierer. Deshalb möchte ich so vielen Kindern wie möglich den Zugang zu Sportvereinen ermöglichen. Entscheidend ist dabei, dass sie Freude an Bewegung entwickeln. Das



gilt auch für den Schulsport. Wichtiger als jede Note ist, dass Kinder Lust auf Bewegung bekommen.

WAS HAST DU SELBST SO AN SPORT IN DEINER JUGEND GEMACHT? WAS HAT DICH DA GEPRÄGT?

Ich habe erst Leichtathletik gemacht, klassisch Dreikampf. Und dann bin ich zum Handball gekommen und habe sehr lange gespielt. Ich habe mich auch kurz am Fußball versucht, aber das ist nicht meins, da habe ich zwei linke Füße.

UND WO FIEBERST DU JETZT AM MEISTEN MIT?

Ich bin noch inaktives Mitglied im RSV Rath/Heumar, meinem alten Handballverein, und schaue mir auch nach wie vor gern Handball an. Und ich gehe häufig zum Fußball. Anfeuern liegt mir heute mehr als selbst spielen.

KOMMEN WIR NOCHMAL ZU DEINEM BERUFLICHEN WEG. DU WARST LEHRER, HAST LEHRAMT STUDIERT. WAR DAS SCHON IMMER DEIN TRAUMBERUF?

Ursprünglich wollte ich Geschichte und Europawissenschaften studieren, entschied mich dann aber auf Anraten meiner eigenen Geschichtslehrer für das Lehramt, weil sie mir das zugetraut haben. Praktika in der Schule haben mir schnell gezeigt, dass mir dieser Beruf liegt und Freude macht. Die Entscheidung habe ich nie bereut. Besonders schätze ich die direkte und ehrliche Art von Kindern und Jugendlichen. Diese Offenheit empfinde ich bis heute als bereichernd.

WOMIT BIST DU DEINEN SCHULER*INNEN AUF DIE NERVEN GEGANGEN? GAB ES DA AUCH FEEDBACK?

Natürlich bin ich denen nie auf die Nerven gegangen (Jochen lacht). Ich bin ein direkter Mensch – und das war ich auch als Lehrer. Mir war zudem wichtig, dass meine Schülerinnen und Schüler wussten, was draußen in der Welt passiert. Ich habe zum Beispiel sehr früh angefangen – gegen jeden Lehrplan – die Schülerinnen und Schüler abzufragen, wer die Bundeskanzler der Bundesrepublik waren. Aber unterm Strich denke ich, waren die meisten ganz zufrieden mit mir. Vor ein paar Tagen habe ich eine lange Mail bekommen. Ein ehemaliger Schüler hat meiner Kollegin und mir geschrieben und sich bedankt. Solche Rückmeldungen berühren mich sehr und zeigen mir, dass meine Arbeit etwas bewirkt hat.

ZURÜCK INS HEUTE. WIE KÖNNEN WIR DEINEN EHEMALIGEN KOLLEG*INNEN UNTER DIE ARME GREIFEN? WAS MUSS SICH IN SCHULEN ÄNDERN?

Ich glaube, das Allerwichtigste ist, den Lehrerinnen und Lehrern zu vertrauen. Wir brauchen ihre Kompetenz und dürfen sie nicht ständig maßregeln. Wir müssen ihnen die Freiheit geben, eigenständig Entscheidungen treffen zu

können. Und ich glaube, wir müssen unnötige Schranken niederreißen. Es wird bis auf die Minute festgelegt, wie lange welches Fach an welcher Stelle unterrichtet werden muss. Aber die Welt lässt sich heutzutage nicht mehr so leicht in einzelne Fächer aufteilen – viele Inhalte müssen fächerübergreifend und in Projektform gelernt werden. Eine bessere Schule wird auch dadurch möglich, dass man Lehrkräften die Freiheit gibt, sich mit mehr Zeit als Pädagoginnen und Pädagogen um Kinder und Jugendliche zu kümmern, ihr Interesse zu wecken und sie zu motivieren, mit Spaß zu lernen. Es geht letztlich darum, unser komplexes Schulsystem wieder in Ordnung zu bringen.

NEHMEN WIR JETZT MAL AN, WIR HOLEN DIE STAATSKANZLEI UND DU BIST NÄCHSTES JAHR MINISTERPRÄSIDENT, WAS WIR NATÜRLICH ALLE HOFFEN.

Wir nehmen das an? Das wird so sein (lacht).

OKAY, DAS WIRD SO SEIN! WORAN WERDEN DAS KONKRET ELTERN MIT KINDERN, DIE MOMENTAN IN DIE KITA GEHEN, MERKEN, DASS DU JETZT MINISTERPRÄSIDENT BIST UND NICHT HENDRIK WÜST?

Wir starten mit einer weiteren Entlastung bei den Kita-Beiträgen, um Familien – besonders in finanzschwachen Kommunen – spürbar zu unterstützen. Bis 2032 werden wir schrittweise die Kita-Beiträge ganz abgeschafft haben. Mit einem „Chancenjahr“ ersetzen wir die bisherigen Pläne der Landesregierung und verlagern frühkindliche Förderung zurück in die Kitas, um Kinder gezielt und umfassend auf die Schule vorzubereiten. Zusätzlich führen wir ein Kinder-Chancen-Geld ein: 5.000 Euro für jedes Kind zur Geburt als Startkapital ins Erwachsenenleben. Ergänzt wird das durch kostenfreies Mittagessen in Kitas und Schulen, ein kostenloses Jugendticket und die Rückkehr zur Lernmittelfreiheit. Insgesamt schnüren wir ein umfassendes Entlastungspaket, um NRW zum familienfreundlichsten Bundesland zu machen.



DU HAST GESCHICHTE UNTERRICHTET UND DICH SEHR INTENSIV MIT DER GESCHICHTE DER SOZIALDEMOKRATIE BEFASST. AKTUELL WIRD HÄUFIG GEFRAGT, OB ES DIE SPD NOCH BRAUCHT. HAST DU EINE ANTWORT?

Ja. In der gesamten Geschichte der Arbeiterbewegung stand die SPD dafür, das Leben für Millionen von Menschen besser zu machen – nämlich für all die, die keine Stimme hatten, die von anderen ausgebeutet und unterdrückt worden sind. Und die SPD war damit extrem erfolgreich. Wir haben einen Kaiser bezwungen. Wir haben Frauenrechte massiv nach vorne gebracht. Wir haben an der Seite der Gewerkschaften Arbeitnehmerrechte gestärkt – wie die Reduzierung der Wochenarbeitszeit. Wir haben gesellschaftspolitische Freiheiten erkämpft. Und wir haben für viele Menschen, für die das vor 100 Jahren undenkbar gewesen ist, eine Form von Wohlstand ermöglichen können. Es gab ganz viele Menschen, die mithilfe der SPD aufsteigen und ihre Eltern im Bildungs- und Berufsabschluss deutlich übertreffen konnten. Also: Es war eine erfolgreiche Geschichte...

...DIE ABER KEINE GARANTIE FÜR EINE ERFOLGREICHE SPD IN DER ZUKUNFT IST.

Ihr stellt ja die Frage, wozu es die SPD in Zukunft noch braucht. Und meine Antwort ist recht klar: Weil es ganz viele Menschen in diesem Land gibt, die heute fürchten, Wohlstand zu verlieren – oder die immer noch weniger Chancen haben, weil sie in herausfordernden Lagen aufgewachsen sind. Also bleibt dieser historische Auftrag bestehen. Allerdings ist es komplizierter, in einer Gesellschaft, in der die Gegensätze nicht immer ganz so offensichtlich sind, diese Menschen auch anzusprechen. Aber ich bin mir sicher: Es gibt weiter eine Mehrheit für sozialdemokratische Politik. Es gibt ganz viele Menschen, die sozialdemokratisch denken. Aber die SPD hat in den letzten Jahren den Eindruck gemacht, als ob sie sich im Grunde genommen für diese große Mehrheit nicht mehr interessiert. Das ist jetzt unsere große Aufgabe: hier in Nordrhein-Westfalen sehr deutlich zu machen, für wen wir Politik machen – für berufstätige Familien, für diejenigen, die jeden Tag arbeiten gehen oder gearbeitet haben, für diejenigen, die sich um andere kümmern. Und darüber nicht nur reden, sondern das zum Beispiel in der Kita-Politik, in der Schulpolitik und in der Wohnungspolitik mit erkennbaren Angeboten unterlegen. Ich glaube, dann haben wir auch eine gute Perspektive als Sozialdemokratie.

Michelle Gnatzy (20) ist Dortmunderin – und hat schon richtig Lust auf die Landtagswahl!

BLEIBEN WIR MAL BEI DER WOHNUNGSPOLITIK: RICHTIG VIELE AUSZUBILDENDE ODER STUDIERENDE WOHNEN LÄNGER BEI IHREN ELTERN, ALS ES FRÜHER DER FALL WAR. WAS KANNST DU DEN MENSCHEN KONKRET IN NRW ANBIETEN, DIE NACH DER SCHULE IN EIGENE VIER WÄNDE WOLLEN, ES SICH DAS ABER NICHT LEISTEN KÖNNEN?

Wir müssen beim Wohnungsbau richtig Tempo machen. Neben Studentenwohnheimen braucht es auch für Azubi-Wohnheime ein beschleunigtes Ausbauprogramm. Wir müssen die Unternehmen dazu bewegen, wieder vermehrt Werkswohnungen zu bauen. Gleichzeitig müssen wir ehrlich über Baukosten sprechen und prüfen, wo Standards sinnvoll angepasst werden können, ohne Qualität zu gefährden. Auch kreative Lösungen, etwa die Nutzung von Altflächen im Ruhrgebiet, gehören dazu. Klar ist: Bezahlbares Wohnen ist eine zentrale soziale Frage – auch für die nächste Generation.

DIESES JAHR WURDE DAS WAHLALTER AUF 16 ABGESENKT. WELCHES ANGEBOT MACHT DIE SPD DEN IM NÄCHSTEN JAHR 16-JÄHRIGEN?

Ich möchte NRW zum familienfreundlichsten Bundesland machen. Davon profitieren auch diejenigen, die das erste Mal bei der Landtagswahl wählen dürfen – beispielsweise durch massive Investitionen, die das Wohnen günstiger machen werden oder durch das kosten-



**Jochen Ott (51) ist Kölner – und unser Spitzenkandidat! Hier geht's zu seinem WhatsApp-Kanal:
<https://nrwspd.link/wa-jochen-ott>**



lose Jugendticket. Sie profitieren aber auch, wenn sie in einigen Jahren selber eine Familie gründen möchten. Beispielsweise durch die Abschaffung der Kita-Gebühren, die sie massiv entlasten wird. Im Kern geht es mir aber vor allem um eine Sache: Die SPD ist die Partei der Chancengleichheit – unabhängig von Herkunft, Identität oder dem Einkommen der Eltern. Entscheidend sind die eigenen Ideen, Ziele und die Motivation. Dabei ist jeder Lebensweg gleich viel wert, ob im Handwerk oder in akademischen Berufen. Und mir ist ganz wichtig, Individualismus und Solidarität endlich wieder eine Heimat zu geben. Gerade in einer Zeit, in der oft das Recht des Stärkeren zu gelten scheint, muss die Sozialdemokratie zeigen, dass es auch anders geht – und dabei zähle ich insbesondere auch auf die Unterstützung der Jusos. Wir wollen individuelle Freiheit aber ohne Ellenbogen – also solidarisches Individualismus – ermöglichen.

THEMA FEMINISMUS: AKTUELL WÄHLEN MEHR FRAUEN ALS MÄNNER DIE SPD. WAS IST DA LOS?

Studien zeigen, dass junge Frauen sich stärker nach links orientieren und junge Männer eher nach rechts – was gesamtgesellschaftlich und politisch ein großes Problem darstellt. Links und frei bedeutet Emanzipation für alle Geschlechter. Ich denke: Die feministische Bewegung und insbesondere die Frauenbewegung war historisch sehr erfolgreich. Zwar gibt es noch keine vollständige Gleichstellung, aber wir haben heute viele starke, erfolgreiche weibliche Vorbilder, an denen wir uns orientieren können. Auf der anderen Seite fehlen Vorbilder für ein zeitgemäßes, verantwortungsvolles Männerbild. Das sehen wir gerade aktuell wieder – und dabei spielen vor allem die sozialen Medien eine große Rolle, Stichwort Manosphere. Es ist eine Aufgabe für und von uns Männern, darüber nachzudenken, welches Männerbild wir an die nächste Generation weitergeben wollen. Vor 40 Jahren hat Herbert Grönemeyer gefragt: „Wann ist ein Mann ein Mann?“ – und wir müssen heute dringender denn je gemeinsam an einer Antwort arbeiten, wie wir Männer uns respektvoll verhalten und bessere Vorbilder für Jungs sein können.

LASS UNS ÜBER ARBEITSPLÄTZE REDEN. AKTUELL GEHEN FAST TÄGLICH IN NRW WELCHE VERLOREN. WAS WILL DIE SPD IN SACHEN INDUSTRIE ANPACKEN?

Wir brauchen eine Landesregierung, die aktiv Industriepolitik betreibt und Unternehmen konkret unterstützt – etwa beim Ausbau von Zukunftstechnologien wie Wasserstoff. Dazu



gehört, Ansprechpartner zu bieten und Akteure zusammenzubringen. Entscheidend ist, sich zu kümmern, statt nur zuzusehen. Ein Beispiel dafür war das Engagement von Garrelt Duin nach dem Opel-Aus in Bochum: Dort arbeiten heute auf dem Gelände mehr Menschen als zu der Zeit, als dort Autos produziert wurden. Diese entschlossene und verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik brauchen wir wieder in Nordrhein-Westfalen. Mir ist dabei das Nachhaltigkeitsdreieck besonders wichtig: Ökonomische, ökologische und soziale Verantwortung gehören zusammen.

DU HAST SECHS PUNKTE FÜR 2026. WAS HAST DU VOR?

- » Es geht darum, dass wir dafür sorgen, dass Kinder vernünftige Chancen haben. Dass Kinder in der Kita und in der Schule die besten Möglichkeiten bekommen, zu lernen.
- » Es geht darum, dass Arbeitsplätze, insbesondere Industriearbeitsplätze, hier in Nordrhein-Westfalen gesichert werden und der Transformationsprozess auch wirklich gelingt.
- » Es geht darum, dass das Wohnen bezahlbar bleibt, weil Familien in NRW sonst kaum Perspektive haben.
- » Es geht um ein klares Bekenntnis, dass bei innerer Sicherheit und bei der Migration Regeln gelten.
- » Es geht darum, dass Menschen in Würde alt werden können und ihre Pflege nicht davon abhängt, ob sie reich sind oder von ihren Eltern was geerbt haben.
- » Aber am Ende geht es um eins: Ob NRW wieder gerecht wird. Und gerecht heißt für mich: Menschen, die sich anstrengen, können sich ihr Stückchen Glück erarbeiten. Familien sollen das Gefühl haben, „diese Gesellschaft funktioniert auch für uns“. Sie funktioniert, wenn ich morgens aufstehe, weil ich mich darauf verlassen kann, dass die Bahn fährt, dass ich mit dem Auto über die Brücke fahren kann und dass meine Kinder vernünftig betreut werden. Darauf kommt es am Ende an.

NOCH EIN PAAR KURZE FRAGEN ZUM SCHLUSS: WENN DEINE FREUND*INNEN AUS DEM AUSLAND DA SIND, WAS SIND DIE ORTE IN NRW, DENEN DU DENEN ZEIGST?

Natürlich besichtigen wir den Kölner Dom und machen einen Spaziergang an der Emscher entlang.

JOCHEN KOCHT, WAS GIBT'S?

Oh, ich probiere mit meinen Töchtern im Moment ganz viele vegetarische Sachen aus.

MIT WELCHEM AKTUELLEN NRW-MINISTER ODER MINISTERIN WURDEST DU HEUTE ABEND NOCH EIN BIER TRINKEN GEHEN?

Karl-Josef Laumann.

BUNDESLIGA IM STADION ODER TATORT AUF DEM SOFA?

Bundesliga im Stadion.

NACHTEULE ODER FRÜHAUFSTEHER?

Frühaufsteher.

EINE STUNDE STAU AUF DER A40 ODER REGIERUNGSERKLÄRUNG WÜST?

Das ist beides langweilig (lacht).

DAS IST EINE ENTWEDER-ODER-FRAGE.

Stau.

GRÖNEMEYER ODER PETRY?

Grönemeyer

UND ALAAF, HELAU ODER GLUCKAUF?

Natürlich, Alaaaf. Was soll ich denn jetzt sagen?

Glück auf!

PFLEGE & INDUSTRIE

ZWEI BRANCHEN, EIN STICHWORT:
HANDLUNGSBEDARF.



LENA SNETLING

Pflege, Industrie, Ausbildung – auf den ersten Blick sind das sehr unterschiedliche Bereiche der Arbeitswelt. Und doch zeigen sie derzeit ähnliche Entwicklungen: steigender Druck auf Beschäftigte, unsichere Perspektiven für Auszubildende und politische Rahmenbedingungen, die häufig nicht mit der Realität der Menschen Schritt halten, die diese Arbeit jeden Tag leisten.

Wir haben mit zweien gesprochen: Lena Snelting war im Juso-Landesvorstand NRW und arbeitet in Köln als Pflegefachkraft. Yannick Zierden arbeitet beim Chemiekonzern INEOS in Köln-Worringen und ist dort Vorsitzender der Jugend- und Auszubildendenvertretung.

Wenn über Fachkräftebedarf, Wirtschaftskraft oder Versorgungssicherheit gesprochen wird, bleiben die konkreten Erfahrungen derjenigen, die diese Entwicklungen unmittelbar spüren, oft im Hintergrund. Dabei sind es genau diese Erfahrungen, die zeigen, wo politische Entscheidungen wirken und wo sie bislang ausbleiben. Der Blick in unterschiedliche Branchen macht deutlich, wie breit diese Herausforderungen inzwischen geworden sind.



YANNICK ZIERDEN



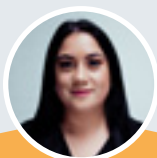
PFLEGE

Wenn du in der Pflege arbeitest und heute deinen Job kündigst, dann hast du in weniger als 24 Stunden fünf neue Angebote von anderen Arbeitgeber*innen. Was wie eine Traumvorstellung klingt, ist das Ergebnis jahrzehntelanger Fehlplanung und Missachtung von Personalmangel. Die Tendenz ist steigend. Die Ursachen sind bekannt: Zunehmende Ökonomisierung in den Krankenhäusern und ein zu großer Leistungsdruck bestimmen oft den Alltag. Darunter leiden die Pflegequalität, Patient*innen und die Auszubildenden. Häufig fallen viele Aufgaben gleichzeitig an, so dass es unmöglich ist, allen Bedarfen gerecht zu werden. Es ist unsäglich, wenn bereits Azubis ein schlechtes Gewissen haben, eine Pause zu machen, weil sie die hohe Arbeitslast wahrnehmen.

Anstatt Abhilfe zu schaffen, gehen private Unternehmen nun dazu über, Pflegende wieder Betten aufbereiten und Transporte machen zu lassen, statt wie bisher Assistenzkräfte dafür einzusetzen. Einzig, weil Pflegepersonal refinanziert ist und sie dadurch Geld sparen.

Das ist ein Schlag ins Gesicht einer eigenständigen Profession und wäre bei anderen Berufen undenkbar. Wenn die Politik weiter darauf vertraut, dass Menschen andere Menschen aus reiner Nächstenliebe pflegen, wird sich die Situation weiter verschärfen. In der ambulanten Pflege und der Altenpflege fehlt es bereits jetzt an ausreichend Fachpersonen, so dass der bestehende Versorgungsbedarf nicht gedeckt ist. Was die Politik gerne vergisst: Hinter den sogenannten Fachkräften stehen immer Menschen, die auch Bedürfnisse haben.

Doch die Frage nach guten Arbeitsbedingungen, Perspektiven für junge Menschen und politischen Entscheidungen, die den Alltag von Beschäftigten prägen, stellt sich nicht nur im Gesundheitswesen. Auch in anderen Schlüsselbranchen zeigt sich, wie stark wirtschaftliche Entwicklungen und politische Rahmenbedingungen miteinander verwoben sind.



Evin (30) nimmt als JAV- und Jugendreferentin der IG BCE tagtäglich Perspektiven junger Arbeitnehmer*innen auf.



CHEMIE

Die chemische Industrie steckt in einer tiefen Krise, und wir spüren die Auswirkungen jeden Tag. Im Ausbildungszentrum, in den Gesprächen mit unseren Auszubildenden, in den Blicken von jenen, die kurz vor ihrem Abschluss stehen und nicht wissen, ob sie übernommen werden. Die Reduzierung des Ausbildungsbedarfs trifft uns besonders hart. Wir reden hier nicht über Zahlen, sondern über Menschen, über Kolleginnen und Kollegen, die mit Leidenschaft ihren Beruf erlernen und sich eine Zukunft in einem Unternehmen aufbauen wollen, das seit Jahrzehnten eine zentrale Rolle in der Region spielt.

„Wenn qualifizierte Fachkräfte nach ihrer Ausbildung monatelang auf eine Entscheidung warten oder gar keine Perspektive erhalten, hinterlässt das persönliche und strukturelle Spuren.“

Gleichzeitig stehen wir vor der Herausforderung, neue Talente zu gewinnen. Wie sollen wir junge Menschen für eine Branche begeistern, deren Zukunftsfähigkeit öffentlich infrage gestellt wird? Wie sollen wir glaubwürdig erklären, dass die Chemieindustrie ein sicherer, innovativer und langfristig stabiler Arbeitgeber ist, wenn Unternehmen immer wieder auf die massiven Wettbewerbsnachteile gegenüber den USA und China hinweisen? Wenn dort Energiepreise deutlich niedriger und Rahmenbedingungen deutlich besser sind? Wir führen Gespräche mit der Politik und wollen, dass sich etwas bewegt. Doch Vertrauen entsteht nicht durch Ankündigungen, sondern durch Ergebnisse. Und genau diese bleiben aus. Die Bedingungen ändern sich nicht, die Extrakosten bleiben, und die Unsicherheit wächst. Als Jugendvertretung setzen wir uns dafür ein, dass junge Menschen eine Perspektive bekommen. Dass eine berufliche Ausbildung erhalten bleibt. Dass wir als Standort Köln nicht nur überleben, sondern wieder wachsen können. Wir brauchen endlich Entscheidungen, die uns Luft zum Atmen geben und den Mut, die Zukunft der chemischen Industrie nicht weiter aufs Spiel zu setzen.

Beide Perspektiven zeigen, wie unterschiedlich die Herausforderungen einzelner Branchen sein können und wie ähnlich die grundlegenden Fragen dahinter sind. Es geht um Arbeitsbedingungen, die Menschen langfristig tragen können. Um Ausbildung, die tatsächlich zu einer Perspektive führt. Und um politische Entscheidungen, die nicht erst dann reagieren, wenn Probleme längst zur Dauerkrise geworden sind.

Ob Pflege oder Industrie: Hinter jeder Statistik über Fachkräfte, Ausbildung oder wirtschaftliche Entwicklung stehen Menschen, die ihren Beruf mit Engagement ausüben und darauf angewiesen sind, dass ihre Arbeit auch in Zukunft unter fairen und verlässlichen Bedingungen möglich bleibt.

JUNNG &

WARUM WIR EINSAMKEIT POLITISCH ANGEHEN MÜSSEN!

Wenn über Einsamkeit gesprochen wird, denken viele zuerst an ältere Menschen. Dabei betrifft sie längst auch viele junge Menschen. Studien zeigen, dass Einsamkeit unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen weit verbreitet ist. Eine Untersuchung der Bertelsmann Stiftung kommt zu dem Ergebnis, dass rund 45 Prozent der 16- bis 30-Jährigen in Deutschland moderat oder stark einsam sind. Besonders betroffen sind junge Menschen ohne Erwerbstätigkeit, mit niedrigem Bildungsniveau oder mit Migrationsgeschichte. Wichtig ist hierbei, dass Einsamkeit nicht nur unter Männern ein Problem ist (Stichwort „Male Loneliness Epidemic“), sondern einige Studien zeigen, dass Frauen ähnlich oder teilweise sogar häufiger betroffen sind.

EINSAMKEIT IST MEHR ALS NUR ALLEINSEIN.

Sie entsteht, wenn Menschen das Gefühl haben, nicht ausreichend in soziale Beziehungen eingebunden zu sein oder niemanden zu haben, mit dem sie sich wirklich verbunden fühlen. Gerade in einer Lebensphase, die eigentlich von neuen Kontakten, Freund*innenschaften und gemeinsamer Orientierung geprägt sein sollte, kann dieses Gefühl besonders belastend sein.

Ob die Generationen Z und Alpha tatsächlich einsamer sind als frühere Generationen, lässt sich nicht eindeutig beantworten. Klar ist jedoch, dass sich die sozialen Bedingungen, unter denen junge Menschen heute aufwachsen, stark verändert haben. Übergänge zwischen Schule, Ausbildung, Studium und Arbeit sind häufig unsicherer geworden. Freundeskreise verändern sich schneller, Lebensläufe verlaufen weniger geradlinig und viele junge Menschen ziehen häufiger um.

DIE STRUKTUR DES SOZIALEN LEBENS VERÄNDERT SICH.

Orte, an denen Menschen sich regelmäßig begegnen konnten, sind vielerorts unter Druck geraten. Jugendzentren, Vereine, Treffpunkte im öffentlichen Raum oder lokale Initiativen spielen eine wichtige Rolle für soziale Kontakte. Diese sogenannten „dritten Orte“, also Begegnungsräume außerhalb von Familie und Arbeit, ermöglichen Begegnungen ohne festen Anlass und häufig ohne Geld dafür bezahlen zu müssen. Gerade für junge Menschen sind sie oft entscheidend, um neue Kontakte zu knüpfen und Gemeinschaft zu erleben.

Auch technologische Entwicklungen verändern soziale Beziehungen. Digitale Kommunikation gehört heute selbstverständlich zum Alltag vieler junger Menschen. Social Media ermöglicht es, jederzeit mit anderen verbunden zu sein. Gleichzeitig ersetzen digitale Kontakte persönliche Begegnungen nur begrenzt. Kommunikation findet schneller, aber häufig auch oberflächlicher statt. Das Gefühl echter sozialer Nähe entsteht dadurch nicht automatisch.

Die Corona-Pandemie hat diese Entwicklung zusätzlich verstärkt. Schulschließungen, Online-Unterricht und Kontaktbeschränkungen führten dazu, dass viele Jugendliche und junge Erwachsene wichtige soziale Erfahrungen nur eingeschränkt machen konnten. Studien zeigen, dass das Einsamkeitsniveau unter jungen Erwachsenen auch nach der Pandemie weiterhin hoch bleibt.

45%

DER 16- BIS 30-JÄHRIGEN IN DEUTSCHLAND SIND MODERAT ODER STARK EINSAM.

EINSAM

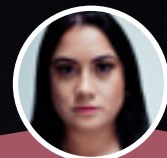
NICHT NUR DAS WOHLBEFINDEN LEIDET.

Einsamkeit hat dabei nicht nur Auswirkungen auf das individuelle Wohlbefinden. Sie kann auch gesellschaftliche Folgen haben. Junge Menschen, die sich stark einsam fühlen, zweifeln häufiger daran, selbst etwas verändern zu können. Sie schätzen ihre politische Selbstwirksamkeit geringer ein und sind deutlich unzufriedener mit der Demokratie. Interessant ist dabei, dass einsame junge Menschen nicht weniger politisch interessiert sind als andere. Sie verfolgen politische Debatten und fühlen sich von politischen Entscheidungen durchaus betroffen. Gleichzeitig glauben sie seltener, dass ihre eigene Stimme etwas bewirken kann oder dass Politik ihre Anliegen ernst nimmt. Wenn dieses Gefühl über längere Zeit bestehen bleibt, kann daraus politische Distanz entstehen. Engagement bleibt dann nicht unbedingt aus Desinteresse aus, sondern weil viele junge Menschen nicht daran glauben, tatsächlich Einfluss nehmen zu können. Gleichzeitig zeigt sich aber auch: Einsame junge Menschen engagieren sich durchaus, wenn sie sich angesprochen fühlen und Teil einer Gemeinschaft werden. Politisches oder gesellschaftliches Engagement kann sogar helfen, Einsamkeit zu überwinden, weil es soziale Kontakte schafft und das Gefühl vermittelt, gebraucht zu werden.

EINSAMKEIT IST NICHT NUR INDIVIDUELLES PROBLEM.

Einsamkeit hat auch eine politische Dimension. Wenn junge Menschen sich dauerhaft nicht eingebunden fühlen, verliert die Demokratie wichtige Stimmen.

Politik kann Einsamkeit nicht vollständig verhindern, aber sie kann Rahmenbedingungen schaffen, die soziale Teilhabe erleichtern. Dazu gehört vor allem der Erhalt und Ausbau von Begegnungsräumen: Jugendzentren, Sportvereine, kulturelle Angebote oder öffentliche Treffpunkte, an denen junge Menschen zusammenkommen können. Gerade mit Blick auf politische Entscheidungen auf Landes- und kommunaler Ebene stellt sich deshalb eine wichtige Frage: Welche Räume schaffen wir für junge Menschen, um Gemeinschaft zu erleben und sich einzubringen? Eine Politik, die Einsamkeit ernst nimmt, stärkt nicht nur das Wohlbefinden junger Menschen. Sie stärkt auch demokratische Teilhabe. Denn Demokratie lebt davon, dass Menschen sich als Teil der Gesellschaft begreifen und das Gefühl haben, gemeinsam etwas verändern zu können.



Evin (30) glaubt an eine Gesellschaft, in der niemand einsam sein muss.

JUGEND? CHECKEN WIR.

YOUNG, WILD AND WAHLBERECHTIGT

Generationen von Jusos haben sich für eine Herabsetzung des Wahlalters eingesetzt. Kurz bevor die ersten dieser ehemaligen Jusos in Rente gehen, ist es nun auch schon so weit: Bei der Landtagswahl 2027 dürfen auch die 16- und 17-Jährigen ihre Kreuze machen und mitbestimmen, wer zukünftig im Landtag zu Düsseldorf Platz nimmt.

Standhaft waren wir NRW Jusos immer bei dieser Forderung. Standhaft war aber auch die CDU, die sich angeblich so gern um die Belange der zukünftigen Generationen kümmert. Aber die Ausweitung der Wahlberechtigten war über Jahrzehnte mit der CDU in NRW nicht zu machen.

Nun aber haben wir es geschafft und unser Dank gilt allen jenen innerhalb und außerhalb der NRWSPD und der NRW Jusos, die am Ball geblieben sind.

ZURÜCK AN DEN PULS DER ZEIT!

Die Erweiterung der Wähler*innenlandschaft heißt aber auch, dass wir noch mehr als sowieso schon Angebote für die Jüngeren im Gepäck haben müssen.

Die Geburtenjahrgänge rund um 2010 kennen eigentlich nur Krise, Krise, Krise. Wie schön wäre es doch auch ihnen eine Welt ohne Dauerkrise zu beschenken. Nun: Nicht

alle Krisen können wir allein in NRW ad acta legen und durch gute Politik beiseiteschieben. Aber wir sind auch keinesfalls machtlos.

WIR MACHEN DEN JUGENDCHECK.

Daher haben wir einen konkreten Auftrag als NRW Jusos angenommen: Wir prüfen die programmatische Ausrichtung der NRWSPD auf Herz und jugendlichen Sinn.

Und damit uns auch nichts durchrutscht, tun wir das nicht allein. Wir sind bereits auf die Jugendorganisationen in NRW zugegangen, die im Landesjugendring organisiert sind. Warum? Um zu erfahren, wo bei ihnen der Schuh drückt. Was sie mit Blick auf ihre jeweils eigene, ganz spezielle Expertise und Mitgliedschaft für relevante Forderungen an die Landespolitik haben.

Das sammeln wir ein und bündeln die Forderungen für das Wahlprogramm 2027.

EURE PERSPEKTIVE IST GOLD WERT!

Klar ist aber auch: Wir wissen an vielen Stellen auch selbst, wo die SPD-Landesregierung nach dem 25. April 2027 mit Ministerpräsident Jochen Ott ran muss. Denn selbstverständlich wissen alle Jusos, ob auf der Landesebene oder in den Unterbezirken und Kreisverbänden sehr genau, dass die Situation in den Schulen und Universitäten, in den Ausbildungsgängen und Berufsschulen

dringend besser werden muss. Wir wissen, dass viele junge Menschen mit Sorge darauf Blicken, dass KI mögliche Berufschancen verhaselt. Wir wissen, dass die Wehrpflicht droht und junge Menschen vor ganz existenzielle Probleme stellt. Und so weiter. Wir wissen aber auch, dass wir nicht alles wissen. Und genau deshalb sprechen wir mit den Organisationen und mit den Erstwähler*innen.

Wir wollen das nachhaltig wieder Vertrauen wächst. Die heute 16- bis 20-Jährigen sollen einen guten „Erstkontakt“ mit den Jusos und der SPD haben, damit sie auch in 10, 20 und 40 Jahren noch fest an unserer Seite sind. Damit auch sie sich einsetzen können, wie es Generationen vor ihnen Menschen getan haben, um das Wahlalter 16 ins Gesetz schreiben zu können.

Wir freuen uns über die spannenden inhaltlichen Beiträge, die uns mitgegeben wurden und werden. Und wir versprechen: Die Checker-Jusos werden ihrem Auftrag gerecht und sorgen dafür, dass die Belange der Jugendlichen und jungen Erwachsenen nicht zu kurz kommen.

PUDDING MIT GABEL

EIN INTERNETTREND BRINGT JUNGE MENSCHEN ZUSAMMEN

BEGEGNUNGEN GEGEN EINSAMKEIT

Was zunächst wie ein kurioser Internet-trend wirkt, hat im Herbst 2025 viele junge Menschen in ganz Deutschland zusammengebracht: Unter dem Motto „Pudding mit Gabel“ trafen sich Jugendliche und junge Erwachsene in verschiedenen Städten, um gemeinsam Zeit zu verbringen, miteinander ins Gespräch zu kommen und natürlich Pudding mit einer Gabel zu essen.

Eines dieser Treffen fand am 29. September 2025 auch in Bonn statt. Am Abend kamen dort zahlreiche junge Menschen zusammen, viele von ihnen kannten sich vorher nicht. Die Idee hinter der Aktion war bewusst einfach gehalten: ein Treffpunkt, ein ungewöhnlicher Aufhänger und die Einladung, spontan vorbeizukommen.

Der Trend verbreitete sich zuvor über soziale Medien und wurde schnell von vielen Städten aufgegriffen. Hinter der humorvollen Challenge steckt jedoch auch eine ernstere Motivation. Immer wieder zeigen Studien und Umfragen, dass sich viele junge Menschen zeitweise einsam fühlen (siehe S. 12/13). Obwohl sie digital stark vernetzt sind, fehlen im Alltag häufig Orte und Gelegenheiten für echte Begegnungen.

Gerade in größeren Städten kann es schwierig sein, neue Menschen kennenzulernen oder sich außerhalb von Schule, Ausbildung oder Studium zu vernetzen. Aktionen wie „Pudding mit Gabel“ setzen deshalb bewusst auf eine niedrigschwellige Idee: Man braucht keine Anmeldung, kein Programm und keine besonderen Voraussetzungen – man kommt einfach vorbei.

Auch in Bonn zeigte sich schnell, wie gut dieses Konzept funktionieren kann. Viele Teilnehmende kamen zunächst aus Neugier oder weil sie den Trend online gesehen hatten. Vor Ort entstand schnell eine lockere Atmosphäre: Menschen kamen miteinander ins Gespräch, lachten gemeinsam über die ungewöhnliche Essensweise und knüpften neue Kontakte.

Die Treffen zeigen, dass manchmal schon kleine Ideen ausreichen, um Begegnung zu ermöglichen. Ein einfacher Trend aus dem Internet wurde so in vielen Städten zu einer Gelegenheit, Menschen zusammenzubringen und neue Kontakte zu knüpfen.

Gerade in einer Zeit, in der viele soziale Kontakte zunehmend digital stattfinden, sind solche realen Begegnungen besonders wichtig. Sie schaffen Räume, in denen

Menschen unkompliziert miteinander ins Gespräch kommen können, über den Alltag, über persönliche Erfahrungen, aber auch über gesellschaftliche Fragen.

Denn wenn junge Menschen zusammenkommen, geht es oft um mehr als nur ein gemeinsames Treffen. Solche Begegnungen können auch Orte des Austauschs über politische Themen sein: über die Situation junger Menschen in Städten, über soziale Gerechtigkeit, über Bildung, Arbeit oder darüber, wie eine solidarische Gesellschaft aussehen kann. Gerade deshalb sind Räume der Begegnung so wichtig. Sie ermöglichen nicht nur neue Freundschaften, sondern auch Austausch, Beteiligung und gemeinsames Nachdenken über die Gesellschaft, in der wir leben wollen. Aktionen wie „Pudding mit Gabel“ zeigen, dass Gemeinschaft manchmal ganz einfach entstehen kann – wenn junge Menschen einen Anlass haben, zusammenzukommen, miteinander zu sprechen und sich gegenseitig zuzuhören.



Aylin (19) kann mit Besteck umgehen – und sich für Formate begeistern, die nur im ersten Moment wie Unsinn aussehen.

KEIN FUSSBREIT. MIT PLAN GEGEN RECHTS.

Maximilian (26) ist stellvertretender Landesvorsitzender der NRWSPD und leitet die Arbeitsgruppe „Wirksam handeln gegen rechte Parteien“.

Die NRWSPD bündelt Erfahrungen aus Räten, Fraktionen und Gliederungen, um eine gemeinsame Strategie gegen rechte Parteien zu entwickeln.

In unserer Partei sprechen wir immer wieder darüber, wie wir mit der AfD und anderen rechtsextremen Kräften umgehen sollen. Auch im SPD-Landesvorstand hat uns diese Frage in den vergangenen Monaten immer wieder beschäftigt. Spätestens seit der vergangenen Kommunalwahl ist an vielen Orten in NRW noch sichtbarer geworden, dass wir schnell eine echte Strategie im Kampf gegen rechte Kräfte brauchen. Sie sind in etlichen Räten stärker geworden, bekommen mehr parlamentarische Rechte, mehr Öffentlichkeit und versuchen, diese Positionen auch zu nutzen, um Debatten zu verschieben und sich als normaler Teil des politischen Betriebs festzusetzen.

WIR PACKEN DAS PROBLEM AN:

Genau deshalb haben wir uns im Landesvorstand in der Arbeitsgruppe „Wirksam handeln gegen rechte Parteien“ zusammengeschlossen. Unser Ausgangspunkt war, dass viele Genoss*innen vor ähnlichen Fragen stehen, oft aber ohne gemeinsame Orientierung:

- Was heißt klare Abgrenzung in der kommunalen Praxis?
- Wie verhindert man Normalisierung?
- Und wie können wir Erfahrungen aus Unterbezirken, Fraktionen und Bündnissen so zusammenbringen, dass daraus etwas entsteht, das vor Ort wirklich hilft?



SO GEHEN WIR VOR:

Unser Ziel als Arbeitsgruppe ist nicht, das nächste abstrakte Papier zu schreiben. Wir wollen, dass Genoss*innen vor Ort am Ende besser vorbereitet sind als heute: in der Ratsarbeit, in der politischen Kommunikation, im Umgang mit rechten Provokationen, aber auch beim Schutz derjenigen, die besonders unter Hass und Einschüchterung leiden. Deshalb haben wir seit Jahresbeginn Erfahrungen aus Unterbezirken, Ratsfraktionen, Arbeitsgemeinschaften und Bündnissen gesammelt. Wir hatten Gespräche mit Genoss*innen aus der kommunalen Praxis, mit der SGK (Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik) sowie mit der Landtags- und Bundestagebene. Aus alledem werden nun im zweiten Schritt Handlungshilfen, Leitfäden und eine landesweite Strategie gegen rechts entstehen.

WELCHE FRAGE MICH BESONDERS BESCHÄFTIGT:

Wie bleiben wir klar in der Haltung, ohne in der Praxis handlungsunfähig zu werden? Die AfD zielt zunehmend auf Normalisierung. Sie will als „ganz normale“ Kraft erscheinen, obwohl sie demokratische Institutionen verächtlich macht, Menschen gegeneinander aufhetzt und gezielt an der Verschiebung des Sagbaren arbeitet.

ZWEI LEITPLANKEN SIND DABEI FÜR MICH SCHON JETZT KLAR:

1. Keine aktive Zusammenarbeit, keine Absprachen, keine Zustimmung zu ihren Anträgen, keine Mehrheiten mit der AfD.
2. Es heißt aber eben auch: Wir dürfen uns von der AfD nicht politisch lähmen lassen. Wenn wir anfangen, eigene Positionen zurückziehen, nur weil die AfD irgendwo taktisch Zustimmung signalisiert, geben wir ihr faktisch ein Vetorecht über sozialdemokratische Politik. Das wäre ein schwerer Fehler.

EIN ZWISCHENSTAND AUS UNSERER GRUPPE:

Als Arbeitsgruppe sind wir gerade dabei, aus der Praxis rote Linien und kluge Strategien abzuleiten, die vor Ort wirklich tragen. Dazu gehört zum Beispiel die Frage, wie demokratische Fraktionen sich vor Sitzungen abstimmen können. In einigen Kommunen gibt es bereits gute Erfahrungen damit, dass auf einen AfD-Beitrag eben nicht fünf empörte Antworten folgen, sondern eine abgestimmte demokratische Gegenrede. Das nimmt der AfD die Bühne, ohne Widerspruch auszusparen. Es gibt auch praktische Ansätze, wie man mit eigenen weitergehenden Anträgen verhindert, dass rechte Initiativen zum politischen Taktgeber werden. Es gilt also wie immer: Wir müssen das Rad nicht überall neu erfinden.

WIE WIR UNS JETZT BESSER AUFSTELLEN:

Besonders deutlich ist aus allen Rückmeldungen geworden, dass Ignorieren nicht mehr reicht. Die Hoffnung, dass sich rechte Provokationen irgendwann totlaufen, hat sich nicht bestätigt. Wer nur schweigt, überlässt das Feld denjenigen, die am lautesten polarisieren. Gleichzeitig ist die Antwort nicht, über jedes Stöckchen zu springen. Die AfD will Aufmerksamkeit, Eskalation und Empörung, aus der sie wiederum Reichweite macht. Deshalb brauchen wir eine doppelte Strategie: klare inhaltliche Konfrontation, wo es nötig ist – und gleichzeitig die Fähigkeit, unsere eigenen Themen, unsere Sprache und unser sozialdemokratisches Profil stark zu halten. Nicht die AfD darf den Takt vorgeben, sondern wir müssen es tun.

AUCH DIE JUSOS SIND MITTENDRIN:

Wir sitzen dabei als Jusos nicht auf der Zuschauertribüne dieser Auseinandersetzung, sondern sind ein Teil davon. Viele von uns tragen selbst in Räten, Ausschüssen, Unterbezirken und Ortsvereinen Verantwortung. Außerdem merken wir oft früher, wo rechte Narrative im Netz, auf TikTok, in Kommentarspalten oder im Alltag andocken. Wir können glaubwürdig vermitteln, dass der Kampf gegen rechts eben nicht nur aus Abwehr besteht, sondern auch aus einer positiven Erzählung: für soziale Sicherheit, für eine funktionierende Daseinsvorsorge, für bezahlbares Wohnen, gute Bildung, Integration, Respekt und Teilhabe.

VOR ORT DAGEGENHALTEN:

Die AfD versucht überall, soziale Unsicherheit nationalistisch umzu-deuten. Unsere Antwort darf nicht nur moralische Empörung sein. Unsere Antwort muss sein: Wir nehmen die Probleme ernst und wir lösen sie solidarisch statt autoritär. Gerade in der Kommune zeigt sich das konkret. Da geht es um Busverbindungen, Schulen, Jugendzentren, Sporthallen, eine funktionierende Verwaltung und das Gefühl, mit den eigenen Sorgen nicht alleingelassen zu werden. Wenn wir dort sichtbar sind, zuhören, organisieren und ansprechbar bleiben, nehmen wir rechten Erzählungen den Boden.

ES GEHT UM MEHR ALS KOMMUNIKATION:

Gleichzeitig dürfen wir nicht so tun, als sei das alles nur eine Frage guter Redebeiträge. Rechte Hetze trifft Menschen sehr konkret. Gerade Kandidierende, Mandatsträger*innen mit Migrationsgeschichte und Engagierte in Bündnissen erleben Bedrohungen und Einschüchterung. Auch das ist ein Thema unserer Arbeitsgruppe: Wie schaffen wir Unterstützungsstrukturen, wie sorgen wir dafür, dass Haltung nicht zur privaten Belastungsprobe wird? Wer eine wehrhafte Demokratie will, muss auch die schützen, die sie jeden Tag verteidigen.

WIR BRAUCHEN ALLE GENOSS*INNEN!

Klar ist auch: Unsere Strategie gegen rechte Parteien können wir nicht mit einer Arbeitsgruppe für erledigt erklären, sondern müssen als gesamte Partei an ihrer Umsetzung mitarbeiten. Ich weiß, dass gerade wir Jusos dabei eine wichtige Rolle spielen können: indem wir Erfahrungen aus der Praxis einbringen, Debatten zuspitzen, Bündnisse stärken, Schulungen einfordern oder auf die Beine stellen und vor Ort zeigen, dass demokratische Politik nicht neutral gegenüber ihren Feinden ist. Mein Wunsch ist, dass am Ende nicht nur ein Bericht steht, sondern ein Werkzeugkasten, mit dem Genoss*innen in NRW sicherer, klarer und wirksamer gegen rechte Parteien handeln können.

DENN DIE ENTSCHEIDENDE FRAGE IST NICHT, OB DIE AfD PROVOZIERT. DAS WIRD SIE TUN. DIE ENTSCHEIDENDE FRAGE IST, OB WIR DARAUF VORBEREITET SIND. GENAU DARAN ARBEITEN WIR.

Die NRWSPD unterstützt außerdem die Initiative für ein AfD-Verbot. Wenn wir den Druck erhöhen wollen, dann auch ganz konkret: Petition unterschreiben, teilen und im Verband weitertragen!



ANTISEMITISMUS IN BILDUNGS- KONTEXTEN

EIN GASTBEITRAG VON SABRA, DER SERVICESTELLE FÜR ANTIDISKRIMINIERUNGSARBEIT, BERATUNG BEI RASSISMUS UND ANTISEMITISMUS

Der Terrorangriff der Hamas und anderer Gruppen, bei dem am 7. Oktober 2023 auf israelischer Seite fast 1.200 Menschen ermordet und mehr als 250 Personen entführt wurden, markiert eine Zäsur in Geschichte und Gegenwart des Antisemitismus.

Ihm folgte eine globale Welle antisemitischer Gewalt in Wort und Tat, welche auch die Bildungs- und Präventionsarbeit gegen Antisemitismus plötzlich vor neue, schwierige Herausforderungen stellte – und angesichts der anhaltenden, teils stark polarisierten Diskussionen um den sogenannten Nahostkonflikt weiterhin stellt.

Im Bildungsbereich spiegelt sich gleichzeitig die gesellschaftliche Unsicherheit im Umgang mit den Themen Antisemitismus, „Nahostkonflikt“ oder Israel wider.

Es zeigte sich schnell, dass gerade im Bereich der Bildungs- und Präventionsarbeit Leerstellen und Bedarfe identifiziert werden müssen, um mögliche Antworten auf diese neue Dimension antisemitischer Gewalt zu finden.

Mit insgesamt drei Teiluntersuchungen wurden verschiedene Perspektiven zueinander in Beziehung gesetzt, die für ein besseres Verständnis der aktuellen Lage hilfreich sein können.

Einen Teil der Gesamtstudie macht eine anonyme Online-Befragung von über 800 Lehrkräften in NRW aus. Hier zeigt sich bereits, dass mehr als die Hälfte der Befragten während Unterrichtseinheiten zum

Thema Antisemitismus mit herausfordernden Situationen konfrontiert waren. Am häufigsten genannt: antisemitische Aussagen von Schüler*innen und störendes Verhalten während der Schulstunde. Klar wird auch, dass viele Lehrer*innen eine Zunahme problematischer Aussagen feststellen. Neben israelfeindlichen oder terrorverharmlosenden Aussagen vernehmen sie auch spürbar mehr muslimfeindliche Aussagen – eine Feststellung, die deutlich macht, mit welcher komplexen Herausforderungen Lehrkräfte tagtäglich konfrontiert sind. Auch aus diesem Grund wünschen sie sich Unterstützung von der Politik, die letztlich für eine angemessene Ausbildung und die Bereitstellung geeigneter Materials mitverantwortlich ist.

In einem zweiten Teil wurde Raum für jüdische Perspektiven geschaffen. In insgesamt neun Interviews konnten die Befragten darüber sprechen, welche Auswirkungen der 7. Oktober auf ihre eigene Arbeit in verschiedenen Bildungskontexten hat. Die Auswertung der Interviews hat gezeigt, dass alle Befragten mit Antisemitismus konfrontiert sind – sei es, weil sie ihn selbst erlebt oder mitbekommen haben. Nach wie vor sind Stereotype über jüdische Menschen weit verbreitet – doch vor allem der israelbezogene Antisemitismus habe sich massiv verstärkt. Unter anderem würden jüdische Menschen als Repräsentant*innen Israels wahrgenommen; ebenso werden sie mit doppelten

Standards gemessen. Israel werde zudem eine Mitschuld an den Verbrechen der Hamas gegeben.

Im Zuge der Befragung konnte auch der oft genannte Begriff der „Zäsur“ nach dem 7. Oktober mit Bedeutung gefüllt werden. Oftmals bezeichnet er ein Moment und ein Gefühl der Vereinzelung, Distanz und Verunsicherung. Viele Befragte fühlen sich isoliert und psychisch belastet; diese Emotionen werden weder von ihrem direkten Umfeld noch von der Gesellschaft ernstgenommen oder empathisch begegnet. Nach dem 7. Oktober seien die Menschen wieder „zurück zu normal“ gekehrt, während das Massaker für die Befragten stets präsent bleibt.

Die Befragten reagieren darauf mit Rückzug und Selbstzensur: So berichtete eine Person, in der Öffentlichkeit nicht mehr das Wort „Israel“ zu nutzen, sondern aus Sicherheitsgründen nur noch „I-land“. Diese Strategien des Umgangs würden inzwischen nicht mehr nur als Reaktion auf Antisemitismus erfolgen, sondern in Antizipation dessen.

Zuletzt wurden auch hier Bedarfe und Leerstellen identifiziert. Insbesondere in der Schule ist der Holocaust oft das einzige Thema, bei dem es um Antisemitismus gehe. Die Befragten fordern daher eine Beschäftigung mit gegenwärtigem jüdischem Leben und mit aktuellen Formen des Antisemitismus. So sei es sinnvoll, das Thema Antisemitismus fest in Lehrplänen zu verankern und beispielsweise in der Lehrkräfteausbildung verpflichtend zu machen.

Schließlich wurde ein Blick auf Inhalte und Formate landesgeförderter Projekte und Maßnahmen geworfen – nicht im Sinne einer Evaluation, sondern mit dem Ziel, Leitplanken für eine breit aufgestellte, kritisch reflektierende Präventions- und Bildungsarbeit zu eruiieren – einem Ziel also, dem auch die empirischen Untersuchungen zuarbeiten. Es zeigte sich, dass in NRW durchaus eine Menge unterschiedlichster Projekte existieren, dass zukünftig jedoch daran gearbeitet werden muss, Potenziale und auch Grenzen der verschiedenen Angebote zu erkennen. Vom Workshop bis zum Begegnungsformat gibt es zahlreiche Optionen, nur für wen eignet sich welche und wo liegen die Grenzen des jeweiligen Zugangs?

Auch SABRA arbeitet stetig an neuen Konzepten und Projektideen, und so verweisen wir zum Schluss auf die neue Lernplattform AMU-DIM, auf der es möglich ist, sich online über verschiedene Erscheinungsformen des Antisemitismus zu informieren – und dieses Wissen auch direkt zu testen!

Sebastian Salzmann ist Co-Autor der Analyse und Koordinator des Präventionsbereiches bei SABRA.

Katja Kuklinski ist Antidiskriminierungsberaterin bei SABRA und in der Bildungsarbeit gegen Antisemitismus aktiv.



Die Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit, Beratung bei Rassismus und Antisemitismus (SABRA) arbeitet in Trägerschaft der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf zu diesen Themen. Seit März 2026 geschieht dies nun auch auf der Grundlage eigens erhobener Daten. In ihrer vom Demokratiezentrum NRW geförderten Studie Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen: Perspektiven auf Bildungspraxis und Präventionsarbeit seit dem 7. Oktober 2023 fragen die Autor*innen nach dem Status quo in verschiedenen Bildungsbereichen: in Schulen, Universitäten und darüber hinaus.



**HIER KANNST DU DIE ANALYSE
„ANTISEMITISMUS IN NORDRHEIN-WESTFALEN
PERSPEKTIVEN AUF BILDUNGSPRAXIS UND
PRAVENTIONSARBEIT NACH DEM
7. OKTOBER 2023“ LESEN**



**HIER GEHT'S ZUR
LERNPLATTFORM
AMUDIM**



FAMILIEN POLITIK? FEMINISTISCH!

„Von wegen Kinderspiel“ – das war der Titel unseres Thementages zu feministischer Familienpolitik. Aber was ist das überhaupt? Pia und Dennis aus unserem Landesvorstand klären auf:



Pia (27) beschäftigt sich nicht nur im März mit feministischen Grundsatzfragen.

Dennis (27) bevorzugt: alternative Familienmodelle.

Für die meisten Menschen sind Fragen nach dem Beziehungsstatus, der Familienplanung oder einem möglichen Kinderwunsch sehr persönlich und werden als „Privatsache“ angesehen. Gleichzeitig ist die Familie eine der ältesten sozialen Institutionen und unterliegt als solche schon immer auch staatlichen und politischen Interessen.

„EHE UND FAMILIE STEHEN UNTER DEM BESONDEREN SCHUTZ DER STAATLICHEN ORDNUNG.“

Diesen Satz findet man in Artikel 6 des Grundgesetzes. Als das Grundgesetz 1949 geschrieben wurde, sah die deutsche Durchschnittsfamilie ungefähr so aus: Mutter, Vater, Kind(er). Ein Ehemann, der einer Erwerbsarbeit nachgeht und die Familie finanziell versorgt. Eine Ehefrau und Mutter, die sich um den Haushalt kümmert, Essen kocht und die Kinder betreut.

Im 21. Jahrhundert sieht Familie meistens etwas anders aus. Das Zweiverdiener*innenmodell setzt sich zunehmend durch, Frauen haben dank feministischer Kämpfe seit 1949 im Allgemeinen und in der Ehe im Speziellen an Rechten dazugewonnen und immer mehr Familienkonstellationen sehen heute anders aus als die klassische Kernfamilie rund um ein heterosexuelles Ehepaar.

FREUND*INNEN KONNEN DIE FAMILIE NICHT ERSETZEN! ODER DOCH?

Während das Konstrukt der Familie eine lange Zeit starren Strukturen folgte, und es häufig immer noch tut, ist es eine erfreuliche Entwicklung, dass immer mehr Menschen ihre eigenen, alternativen Familienmodelle entwickeln. Diese können auch sehr verschieden aussehen. Von gleichgeschlechtlichen Partner*innenschaften mit und ohne Kind über Patchworkfamilien bis hin zur „Wahlfamilie“ ist alles dabei. Eine Entwicklung, die auch von einem Großteil der Bevölkerung positiv bewertet wird. 2021 gaben 75% der Befragten in einer YouGov-Studie an, dass sie gut finden, dass es alternative Familienmodelle neben der klassischen Kernfamilie gibt. Und warum auch nicht?

Das Mutter-Vater-Kind-Modell ist nicht automatisch Garant für ein sicheres familiäres Umfeld. Liebe, Schutz und Geborgenheit können Kinder auch in anderen Familienkonstellationen erfahren. Für diejenigen, die nie Sicherheit im familiären Kontext erlebt haben, oder sich mit ihren familiären Strukturen schwertun, gibt die Wahlfamilie häufig ein stabiles alternatives Umfeld. In diese Familien wird man nicht hineingeboren, sondern man kann sie sich aussuchen bzw. man baut sie sich auf. Es sind zum Beispiel Freund*innen und Nachbar*innen, zu denen man ein intensives Vertrauensverhältnis und eine tiefe Verbundenheit entwickelt hat.

Für Menschen, die keine Familie mehr haben, keinen Kontakt zu dieser pflegen oder einen Ausgleich zu ihrem familiären Umfeld suchen, ist das eine gute Alternative. Die steigende Bedeutung der Wahlfamilie zeichnet sich schon lange ab. Bereits 2010 gaben in einer Umfrage der Stiftung für Zukunftsfragen 92%

der Befragten an, dass Freund*innen für sie ein wichtiger Indikator für eine gute Lebensqualität sind. Wahlfamilien bieten auch die Möglichkeit, Care-Arbeit besser aufzuteilen. Sie sind zwar nicht losgelöst von heteronormativen Rollenbildern, aber finden in der Regel auf Augenhöhe statt. Fürsorge wird nicht nur von einer „Mutter“ geleistet, sondern kann solidarisch untereinander aufgeteilt werden. Abhängigkeiten werden hier durch ein Miteinander ersetzt. Fürsorge wird zu etwas, das alle in einer Gruppe zu geben bereit sind. Eine*r für Alle und Alle für Eine*n!

Eine klassische Familie ist im Übrigen für viele Menschen ohnehin kein Ziel, oder vielleicht aus bestimmten Gründen unerreichbar. 29% der Menschen zwischen 30 und 50, davon 22% Frauen, in Deutschland haben keine Kinder. Teils gewollt, teils ungewollt. Die jeweiligen Erfahrungen, die sich daraus ergeben, sind valide. Der Druck, vor allem auf junge Frauen, Kinder zu kriegen, ist enorm. Entscheiden sie sich bewusst dagegen, sind sie häufig Vorwürfen und Stigmatisierung ausgesetzt. Sind sie biologisch nicht in der Lage, schwanger zu werden, leben sie häufig mit Zweifeln und Unsicherheit. Auf einmal wird die Familie, die sonst von vielen zur Privatsache erklärt wird, zu einem Objekt des öffentlichen Interesses. Alle haben eine Meinung, aber viele nur wenig Verständnis. Dabei sollte Familie nicht sein, was die Gesellschaft erwartet, sondern das, was man selbst daraus macht.

EIN NEUER BLICK AUF FÜRSORGE

Mit einer Veränderung von Familienmodellen muss sich auch unser Begriff der Fürsorge verändern. Biologische Verwandtschaft darf nicht die einzige Voraussetzung sein, unter der Menschen Verantwortung füreinander übernehmen und sich umeinander sorgen. Die Vorstellung, dass Fürsorge automatisch Mütterlichkeit bedeutet, ist längst überholt. Trotzdem leisten Mütter noch immer 43,4% mehr unbezahlte Care-Arbeit als Männer. Nicht, weil sie es unbedingt wollen, sondern weil es von ihnen erwartet wird. Die Folgen sind häufig, dass gerade Mütter nicht die Möglichkeit haben, einer Vollzeitbeschäftigung nachzugehen, wenn sie überhaupt arbeiten gehen können. Das führt zu finanziellen Abhängigkeiten von ihren Partnern und steigert das Risiko für Altersarmut immens. Ein Problem, welches nicht leicht anzugehen ist, wenn man bedenkt, dass die Betreuungsinfrastruktur in Deutschland mehr als marode ist. Alleine in NRW fehlen über 80.000 U3-Kitaplätze und über 45.000 Plätze in der Offenen Ganztagschule. Mütter müssen entlastet werden, aber wie soll das funktionieren, wenn ihre Partner nicht mit ihnen an einem Strang ziehen und der Staat versagt?

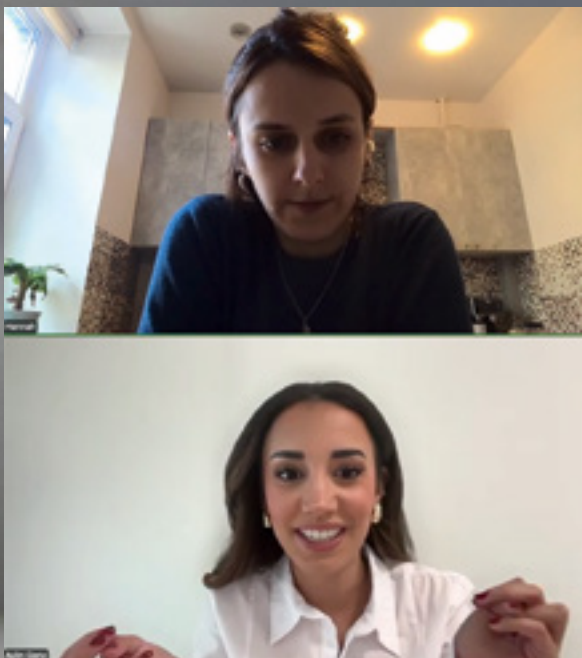
Eine feministische Familienpolitik betrachtet Fürsorge, vor allem die für Kinder, also nicht nur als Aufgabe einzelner Eltern, sondern als Verantwortung der gesamten Gesellschaft. Der Staat muss die Voraussetzungen und Infrastruktur schaffen, um dieser Aufgabe gerecht zu werden. Nur so kann echte Gleichberechtigung in Beziehungen und Fürsorge für jedes Kind, unabhängig von seiner familiären oder ökonomischen Situation, gewährleistet werden.

ZWISCHEN LUFTALARM UND ALLTAG

Was der Krieg mit den Menschen in der Ukraine macht und warum unsere Solidarität nicht nachlassen darf. Aylin im Gespräch mit Hannah Kikwitzki, die für Caritas international in der Ukraine arbeitet.

„WIR VERSUCHEN ALLE, DIE WAR-LIFE-BALANCE ZU HALTEN.“

Als Hannah diesen Satz sagt, wirkt er im ersten Moment fast absurd. Wie kann es so etwas geben – eine Balance zwischen Krieg und Alltag? Doch genau so beschreibt Hannah ihr Leben in Kyjiw. Sie lebt seit fünf Jahren in der Ukraine und arbeitet seit vier Jahren für Caritas international. Davor war sie Jugendbildungsreferentin im Landesbüro der NRW Jusos. Eigentlich wollte sie nur ein oder zwei Jahre in der Ukraine bleiben. Heute sind daraus fünf Jahre geworden – und vier Jahre Krieg. Wir haben Hannah zu einem Gespräch via Videokonferenz getroffen.



das findet unter einer dauerhaften Anspannung statt. Luftalarm gehört zum Alltag. Nächtliche Angriffe ebenso. Viele Menschen schlafen schlecht, sind erschöpft und leben ständig mit dem Gefühl, dass die Situation jederzeit wieder eskalieren kann. Hannah beschreibt diesen Zustand als permanentes Leben zwischen Normalität und Ausnahmezustand. Nach besonders schweren Angriffen in der Nacht seien die Menschen am nächsten Tag müde, gereizt und „ein bisschen neben sich“. Das Leben gehe weiter – aber es sei alles andere als ein normales Leben.

DER VERGANGENE WINTER WAR UNGLAUBLICH HART.

Er war nicht nur ungewöhnlich kalt, sondern auch einer der schwierigsten Winter seit Beginn des Krieges. Viele Menschen seien körperlich und psychisch erschöpft. Monatlang ging es vor allem darum, irgendwie durchzukommen: warm bleiben, mit Stromausfällen umgehen, den Alltag aufrechterhalten. Für soziale Kontakte, Freund*innenschaften oder Freizeit blieb kaum Kraft. Jetzt, im Frühling, merke man zwar, dass langsam wieder etwas Leben zurückkommt. Menschen treffen sich wieder häufiger, gehen wieder raus. Aber die Erschöpfung bleibt.

„DIE SOZIALE BATTERIE IST IRGENDWIE AUS.“

de. Die meisten Menschen beschäftigen vor allem ganz konkrete Fragen: Wie halte ich meinen Alltag am Laufen? Wie schaffe ich es, meinen Kindern trotz Krieg eine gute Kindheit zu ermöglichen? Wie kann ich arbeiten, wenn der Strom ausfällt? Wie bleibe ich psychisch stabil?

DIE ARBEIT UND DAS ENGAGEMENT GEHEN WEITER.

Hannah arbeitet bei Caritas international genau an diesen Fragen. Sie beschreibt ihre Rolle als eine Art Brücke zwischen Caritas Deutschland und den ukrainischen Partnerorganisationen. Gemeinsam analysieren sie, wo Hilfe gebraucht wird, schreiben Projekte, verwalten Budgets und sorgen dafür, dass Spendengelder dort ankommen, wo sie dringend benötigt werden. Das Besondere sei, dass Caritas in der Ukraine auf ein dichtes Netz lokaler Strukturen zurückgreifen könne. Es gibt über 50 lokale Caritas-Zentren, die oft schon seit Jahrzehnten in ihren Regionen verankert sind. Gerade deshalb könne Hilfe schnell und zielgerichtet organisiert werden.

„Und neben dieser Büroarbeit habe ich dankenswerterweise auch die Möglichkeit, für Projektbesuche im ganzen Land unterwegs zu sein. Und das ist eigentlich immer das Schönste an meiner Arbeit. Also ich komme wirklich weit rum, sowohl im Osten als auch ganz im Westen der Ukraine. Ich spreche mit den lokalen Teams, kann sehen, was umgesetzt wird, welche konkrete Hilfe geleistet wird, auch mit den ‚Begünstigten‘, so heißt es in der humanitären Arbeit. Das ist total inspirierend und für mich auch so der schönste Teil meiner Arbeit.“

Hannah hat ihren Job bei Caritas international Anfang Februar 2022 begonnen. Wenige Tage später begann die russische Vollinvasion. Geplant war ursprünglich, in einem kleineren humanitären Projekt in der Ostukraine zu arbeiten. Niemand konnte damals ahnen, welche Dimension der Krieg annehmen würde. Trotzdem war die Ukraine für Hannah schon lange mehr als nur ein Arbeitsort. Sie beschreibt ihre enge Verbindung zu dem Land, zu den Menschen, zur Kultur. Sie wollte bewusst dorthin gehen, weil sie die Ukraine mag. Heute lebt sie in Kyjiw – in einer Stadt, in der der Alltag weitergeht und gleichzeitig nie Normalität herrscht. Denn ja: In Kyjiw gibt es Cafés, Restaurants, Konzerte, volle Straßen und Menschen, die arbeiten, Freund*innen treffen oder feiern. Doch all

sagt Hannah. Viele bräuchten Zeit, um das zu verarbeiten, was in den letzten Monaten und Jahren passiert ist.

Gleichzeitig ist da die Unsicherheit. Niemand in der Ukraine rechnet aktuell mit einem schnellen Ende des Krieges. Die politischen Entwicklungen weltweit, die Debatten über Unterstützung und Waffenlieferungen oder die Unsicherheit über internationale Partner*innen werden sehr genau beobachtet. Doch im Alltag vieler Menschen spielen politische Diskussionen oft eine geringere Rolle, als man von außen vielleicht denken wür-



DIE ARBEIT VON CARITAS INTERNATIONAL KONZENTRIERT SICH AKTUELL VOR ALLEM AUF VIER BEREICHE.

Erstens: akute Nothilfe. Vor allem in der Ost- und Südukraine werden Bargeldhilfen ausgezahlt, Transitunterkünfte für Evakuierte organisiert und Winterhilfe geleistet.

Zweitens: Wiederaufbau. In vielen Dörfern und kleineren Orten werden zerstörte Häuser und Wohnungen repariert. Während in den Großstädten oft staatliche oder internationale Programme greifen, sind gerade ländliche Regionen auf Unterstützung angewiesen.

Drittens: psychosoziale Unterstützung. Viele Menschen sind traumatisiert – Kinder, Binnenvertriebene, Angehörige, aber auch demobilisierte Veteran*innen, die von der Front zurückkehren. Hannah beschreibt, wie groß die Herausforderung sein wird, Menschen wieder in die Gesellschaft zu integrieren, die körperlich oder psychisch schwer verletzt aus dem Krieg zurückkommen.

Viertens: soziale Hilfe. Dieser Bereich ähnelt am ehesten dem, was Menschen von der Caritas in Deutschland mitbekommen. Es geht hier um die Arbeit mit älteren Menschen, aber auch die Betreuung von Kindern und Jugendlichen, um sichere Orte zum Spielen und für die Entwicklung.



ALL DAS WÄRE OHNE DIE MITARBEIT VON FREIWILLIGEN BZW. EHRENAMTLER*INNEN KAUM ZU LEISTEN:

„Freiwillige spielen bei uns eine sehr große Rolle. Im ukrainischen Caritas-Netzwerk gibt es ungefähr 3.000 Hauptamtliche und ungefähr 9.000 Ehrenamtliche.. Und die unterstützen in allen Bereichen, also von Spielangeboten für Kinder bis Essensausgaben, aber auch zum Teil Evakuierungen in der Ostukraine nahe der Frontlinie. Viele der Freiwilligen sind selbst zum Beispiel mal Hilfeempfangende gewesen, 30 Prozent ungefähr sind auch Binnenvertriebene. Das heißt, es sind auch Leute, die wirklich was zurückgeben wollen an die Gesellschaft. Das ist extrem schön zu sehen.“

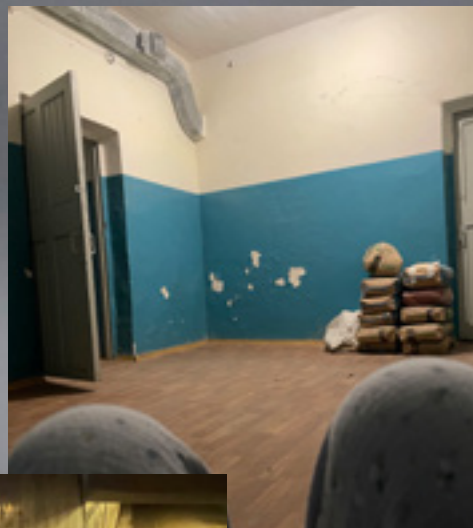
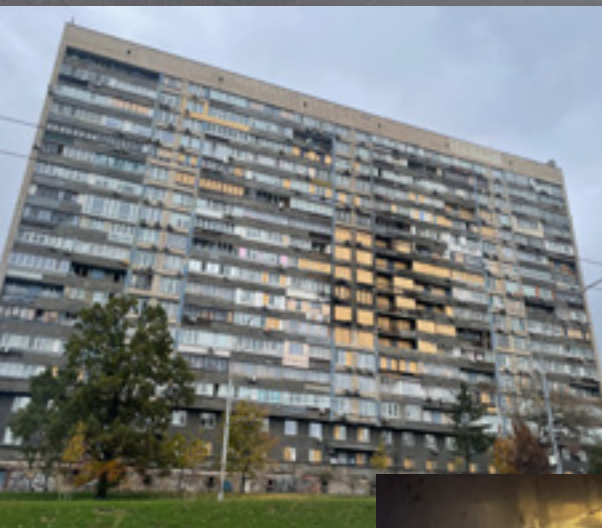
Wir als Caritas haben extra ein eigenes Programm für die Freiwilligen aufgebaut mit allerlei Arten der Unterstützung, weil es auch teilweise zu belastenden Momenten kommen kann in der freiwilligen Arbeit. Über jeden und jede Freiwillige sind wir enorm dankbar – und versuchen deshalb, sie so gut es geht zu fördern und zu unterstützen!“

Hannah begegnet in Kyjiw jeden Tag Menschen mit Prothesen, mit schweren Traumata oder Menschen, die durch das Erlebte in Sucht oder Depression geraten. Daraus ergibt sich eine enorme gesellschaftliche Aufgabe. Es braucht barrierefreie Räume, Respekt, Unterstützung und die Bereitschaft, sich als Gesellschaft mit den Folgen des Krieges auseinanderzusetzen. Denn die Ukraine wird nicht nur zerstörte Häuser wieder aufbauen müssen. Sie wird auch lernen müssen, mit einem gesellschaftlichen Trauma umzugehen.

VON EINEM SCHNELLEN ENDE DES KRIEGES GEHT, SO HANNAH, VOR ORT KAUM JEMAND AUS:

„Es gibt kaum Anzeichen für ein Ende des Kriegs. Wir hatten zuletzt einen der größten Angriffe auf die Ukraine, mit über 1000 Drohnen und Raketen innerhalb von 24 Stunden, nachts und tagsüber. Es gibt mehrere Tage in der Woche Luftangriffe – und Luftalarm. Russland rückt von den eigenen diplomatischen Maximalforderungen nicht ab. Das alles zeigt hier den Menschen vor Ort immer wieder, dass es ein schnelles Ende nicht zu geben scheint.“

Und was bedeutet „Ende des Kriegs“ genau? Also reden wir von einem Waffenstillstand? Was folgt auf den Waffenstillstand? Was passiert mit dem geographischen Nachbarn Russland, der der



Nachbar bleibt und weiterhin imperialistische Ansichten hat? Was passiert mit diesem Nachbarn der der Nachbar bleibt und der weiterhin imperialistische Ansichten hat? Was passiert mit dem Nachbarn, der im schlechtesten Falle nichts gelernt hat von dem Angriffskrieg und dafür nicht bestraft wurde?"

GEMEINSCHAFT, GRUNDANSPANNUNG, GERECHTIGKEIT

Hannah spricht auch von den Begriffen „Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung“. Kriegsverbrechen müssen aufgearbeitet werden. Menschen brauchen Räume zum Trauern. Und die Gesellschaft braucht Zeit und Unterstützung, um heilen zu können.

Gleichzeitig erlebt Hannah aber auch etwas anderes: eine enorme Solidarität innerhalb der ukrainischen Gesellschaft. Menschen sammeln ständig Spenden, unterstützen Nachbar*innen, helfen beim Wiederaufbau, organisieren Kulturveranstaltungen oder kümmern sich umeinander. Viele Menschen erleben zum ersten Mal ein neues, starkes Gemeinschaftsgefühl.



Diese Solidarität zeigt sich auch in Kultur und Identität. Ukrainische Musik, Kunst und Sprache sind sichtbarer geworden. Viele Menschen setzen sich neu mit ihrer Geschichte auseinander. Die Ukraine versucht, sich selbst neu zu definieren – als eigenständige, demokratische Gesellschaft.

WIE AUS DEUTSCHLAND HERAUS UNTERSTÜTZEN?

Gerade deshalb, sagt Hannah, dürfe die Solidarität aus Deutschland nicht nachlassen. Sie richtet sich dabei auch ausdrücklich an die Jusos. Es gehe darum, klar zu benennen, was passiert: Russland begeht Kriegsverbrechen, verletzt das Völkerrecht und führt einen Angriffskrieg in Europa. Darüber dürfe es keine Unklarheit geben. Gleichzeitig fordert Hannah aber auch, dass wir bereit sind, unsere eigenen Debatten ehrlich zu führen. Was bedeutet linke Außenpolitik im Jahr 2026? Was bedeutet die viel zitierte „Zeitenwende“ konkret? Welche Konsequenzen ziehen wir daraus für Fragen wie Waffenlieferungen, Wehrpflicht oder europäische Sicherheit? Sie sagt nicht, dass es auf all diese Fragen einfache Antworten gibt. Aber sie fordert, dass wir uns ihnen stellen – und dabei stärker auf die Perspektive der Ukrainer*innen hören.

Denn aus ihrer Sicht ist klar: Die Ukraine muss in der Lage sein, sich zu verteidigen. Hannah beschreibt, wie sie nachts im Luftschutzkeller sitzt und das Geräusch von Droh-

nen und Raketen hört. Wenn dann die Luftabwehr aktiv wird, fühle sie sich sicherer. Deshalb dürfe die Unterstützung der Ukraine kein Streitpunkt sein, sondern müsse Ausdruck konkreter Solidarität sein.

„Niemand hier im Land hat Lust auf Krieg. Die Demokratie hier ist sehr jung, gerade mal 34 Jahre. Und diese Zivilgesellschaft versucht, unter extremen Bedingungen, ein durchweg rechtsstaatliches und demokratisches System aufzubauen. Ich würde mir wünschen, dass man aus Deutschland heraus mit ein bisschen mehr Güte auf dieses Land und seine Leute schaut.“

WAS HEISST DAS, SOLIDARISCH SEIN?

Solidarität beginnt nicht erst in Berlin oder Brüssel. Sie beginnt auch im Kleinen. Hannah ruft dazu auf, Räume zu schaffen: für ukrainische Stimmen, für Geflüchtete, für Kultur, für Gespräche. Demonstrationen, Veranstaltungen, Spendenaktionen oder einfach das Zuhören – all das mache einen Unterschied. „Ihr müsst gar nicht so viel machen“, sagt sie. „Aber ihr dürft das Narrativ nicht den Angreifern überlassen, sondern den Angegriffenen.“

Für uns als politischer Jugendverband heißt das konkret: weiter solidarisch bleiben! Nicht wegsehen. Nicht abstumpfen. Und nicht zulassen, dass dieser Krieg zur bloßen Hintergrundmeldung wird. Die Menschen in der Ukraine müssen wissen, dass wir sie nicht vergessen. Слава Україні!

Wir danken Hannah für das Gespräch und ihre wertvolle Arbeit in der Ukraine.



7 JAHRE ZUKUNFT IN EINER ENTSCHEIDUNG



**EIN GASTBEITRAG
DER JUSOS BRÜSSEL
ZUM MEHRJÄHRIGEN
FINANZRAHMEN
DER EU**



Die Jusos Brüssel und unter anderem Magali und Fabian haben im Frühjahr 2025 eine Arbeitsgruppe zum MFR gegründet, um auf das wichtige Thema aufmerksam zu machen. Bei den Jusos in Brüssel sind engagierte Young Professionals und einige Studierende aktiv. Magali arbeitet beim European Youth Forum, dem Dachverband der Jugendorganisationen in Europa, und Fabian arbeitet als Berater zur Regionalentwicklungspolitik der Europäischen Union.

WIE ENTSCHEIDET DIE EU EIGENTLICH, WOFÜR SIE WIE VIEL GELD AUSGIBT?

Die Antwort liegt im sogenannten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR). Er legt nicht nur die jährlichen Ausgabenobergrenzen fest, sondern auch die Prioritäten für verschiedene Politikbereiche – und das für sieben Jahre! Schon jetzt wird über das Gesamtpaket bis 2034 verhandelt. Die Entscheidung fällt nächstes Jahr, also müssen wir jetzt aktiv werden, uns (ja, ganz richtig) mit europäischer Politik beschäftigen und Druck machen!

Es geht um 1.763 Milliarden Euro von 2028 bis 2034. Das sind ca. 1,26 % des Bruttonational-einkommens der EU. Man muss keine Ökonomin sein, um zu wissen: Es ist wichtig, genau hinzuschauen, wo das Geld hingehht! Das sollte nun leichter sein: Insgesamt wird der neue langfristige EU-Haushalt von der Kommission als „massiv vereinfacht“ verkauft. Doch wie so oft steckt der Teufel im Detail. Die Zahl der Haushaltsprogramme schrumpft von 52 auf 16, die der Rubriken (große Ausgabenkategorie) von sieben auf vier. Während im aktuellen MFR etwa 90% der Mittel klar verplant sind, erlaubt die neue Struktur eine deutlich größere Flexibilität bei der Mittelvergabe innerhalb weiter gefasster Budgetposten. Umso wichtiger ist es, die Änderungen und Vorschläge zum MFR unter die Lupe zu nehmen.

1. DIE EU PLANT, DIE LANDWIRTSCHAFTS- UND KOHÄSIONSPOLITIK ZUSAMMENZULEGEN

Landwirtschaft und Kohäsionspolitik sind bislang die mit Abstand größten Haushaltsposten der EU. Durch die Zusammenlegung verlieren die zwei Töpfe etwa 10 Prozent ihres Budgets. Diese gewaltigen Summen fließen also einerseits in die Subventionierung der Landwirtschaft und andererseits in den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt (daher: „Kohäsion“).

Die neuen national-regionalen Partnerschaftspläne, kurz NRPP, ersetzen die bisher getrennten Programme für Landwirtschaft und Regionalförderung. Jeder Mitgliedstaat erstellt gemeinsam mit der Kommission einen einzigen Plan, in dem festgelegt wird, wie die Mittel für Landwirtschaft, Infrastruktur oder soziale Projekte verteilt werden, natürlich an EU-Vorgaben geknüpft.

Kritikpunkt ist, dass diese Pläne zwar mit der Kommission abgestimmt, aber letztlich von den Regierungen selbst gestaltet und vornehmlich verwaltet werden. Dadurch besteht die Gefahr, dass die Mittelvergabe eher nationalen politischen Prioritäten folgt als dem tatsächlichen Bedarf vor Ort oder auch etwa den Klimazielen.

Besonders problematisch ist, dass die Klimavorgaben nicht besonders verbindlich sind und die Mitgliedstaaten sie flexibel auslegen können. In Ländern mit schwacher Rechtsstaatlichkeit könnte dies zu Missbrauch und ineffizienter Umsetzung führen.

Beide Politikbereiche sind aus unserer Sicht schon jetzt von massiven Fehlanreizen geprägt, vor allem im (vermeintlichen) Konfliktfeld Klimaschutz und Landwirtschaft. Doch anstatt diese Probleme zu lösen, werden die Mittel gekürzt und in den massiven Ausbau der europäischen Grenzschutzagentur Frontex inklusive „Return-Hubs“ umgelenkt. Mittel zur Migrationsbekämpfung werden verdreifacht, während die Förderung regionaler und sozialer Entwicklung zusammengekürzt wird.

2. VERTEIDIGUNG UND WETTBEWERB SIND DIE NEUEN IMPERATIVE DER EU.

Auf den ersten Blick mag es überraschen, dass die Rubrik Verteidigung als eigenständige Kategorie gestrichen wurde. Sollte Verteidigung gerade in den aktuellen Zeiten nicht ein Kernanliegen der EU sein? Doch – sie ist jetzt nur quer über verschiedene Haushaltstöpfe verteilt und könnte durch die neue Flexibilität im Zweifel sogar noch zusätzliche Mittel abzwacken. Besonders auffällig ist, dass innerhalb des massiv aufgestockten Europäischen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit das Verteidigungsbudget von 13 auf 131 Milliarden Euro verzehnfacht wurde.

Aus unserer Sicht sehr positiv ist, dass Horizon Europe, das Forschungsrahmenprogramm, doppelt so viele Mittel bekommt.

3. UND WAS MACHT DER KLIMASCHUTZ?

Die Kommission legt prozentuale Ausgabenziele für alle Haushaltstitel zum Thema Klimaschutz fest. Gleichzeitig gilt für den gesamten Haushalt in Bezug auf Klima und Umwelt das „Do no significant harm“-Prinzip. Dieses Prinzip bedeutet, dass alle aus EU-Mitteln finanzierten Maßnahmen daraufhin geprüft werden müssen, dass sie keine signifikanten Klima- und Umweltschäden verursachen. Echter Klimaschutz sieht anders aus.

Insgesamt fällt deutlich mehr Verantwortung an die Mitgliedstaaten. Wie sich das auf Umwelt- und Klimaschutz auswirkt, wird man absehen müssen.

4. UND WO SOLL'S HERKOMMEN?

Mit der Diskussion der Ausgaben gehen natürlich die Gespräche über die Einnahmen der EU einher. Obwohl die Aufgaben der EU wachsen, bleiben die Mitgliedstaaten widerwillig. Neue Einnahmestellen wurden im MFR vorgeschlagen (u.a. Steuern auf Elektroschrott, Tabak, Treibhausgasemissionen), aber die EU bleibt auf die Beiträge der Mitgliedstaaten angewiesen. Doch auch hier haben die üblichen Verdächtigen bereits angekündigt, Beitragserhöhungen rigoros bekämpfen zu wollen.

Ein sozialdemokratischer Ausweg könnte mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen: Pascal Saint-Amans, der langjährige Leiter der steuerpolitischen Abteilung der OECD, brachte jüngst die Idee ein, die EU mit der Kompetenz auszustatten, Ausgleichssteuern auf multinationale Konzerne zu erheben. Dann würde es sich für diese nicht mehr lohnen, ihre Gewinne in Steueroasen wie Irland oder die Niederlande zu verschieben. Zudem hätte die EU auch ein wenig mehr Gerechtigkeit im Vergleich mit kleinen und mittelständischen Unternehmen, die sich solche Steuerakrobatik nicht leisten können, hergestellt.

Die Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen könnten bis Ende 2027 andauern. Die Ergebnisse dieser Verhandlungen werden in den nächsten Jahren für Deutschland und für seine Kommunen und Städte extrem relevant sein. Wird die Nationalisierung der EU-Budgetplanung vorangetrieben, statt auf regionale Kompetenzen zu setzen? Werden soziale und Klimaziele an den Rand gedrängt? Noch ist nichts entschieden. Für uns ist klar: Wir wollen mehr für Europa, mehr für die Zukunft und mehr Mitbestimmung für alle!

Es geht um
1.763
Milliarden Euro
von 2028 bis 2034.



AI SLOP FÜR DIE MASSEN, KUNST ALS LUXUSPRODUKT?

EIN BLICK AUF KI AUS KLASSEN-PERSPEKTIVE

Nachdem Coca-Cola während der Festtage eine KI-produzierte Werbung auf die Konsument*innen losließ, löste das einen regelrechten Shitstorm im Internet aus. In einem Kommentar – den ich euch nicht vorenthalten will – hieß es, der Spot sei „die historisch meistprofitable Pepsi-Werbung“. McDonalds erntete einen ähnlichen Shitstorm für ihre KI-produzierte Werbung, was dazu führte, dass sie sie sogar entfernen mussten.

Im Kontrast dazu die Luxus-Autemarke Porsche, die einen 2D-animierten Werbespot als „komplett handgemacht“ bewirbt und dafür Lobpreisungen aus dem Internet erhält. Ganz kurios: Auch Apple, setzt auf „Handwerkskunst“ und setzt auf menschengroßen Puppen und Schriftzüge aus Echtholz. Apple ist hier besonders bemerkenswert, da sie in jüngster Zeit selbst vermehrt auf KI in ihren Produkten setzen (Apple Intelligence).

Mit Blick auf den Titel dieses Beitrags lässt sich der mühsame Aufbau, den ich hier betreibe, so langsam erkennen. Wird (menschengemachte) Kunst zunehmend zum Luxusprodukt? Was ist, wenn bald ausschließ-

lich Luxus-Hersteller wie Apple und Porsche auf Handwerkskunst setzen und alle anderen Hersteller auf KI?

Bauen wir hierfür ein Szenario: KI-generierte Inhalte in der Literatur werden die neue Norm und menschengemachte Inhalte ein teures Luxusprodukt. Das KI-Fantasy-Buch kostet schlappe 10€ und das menschengemachte Äquivalent 40€. Zugang zum menschlichen Austausch wird dadurch teurer und dem Otto-Normalverbraucher unzugänglicher. Im Zuge dessen wird die Qualität der Bildung in den Bevölkerungsschichten, die sich weniger leisten können, verschlechtert.

Einwand! „Was ist wenn KI-generierte Texte irgendwann so gut werden, dass sie sich von menschlichen gar nicht mehr unterscheiden lassen?“

Nun ja, auf die philosophische Debatte, ob das überhaupt möglich ist, will ich mich hier nicht einlassen, aber tun wir mal so, dass das möglich wäre: Wollen wir das? Würde uns nicht versprochen, dass KI unser Leben leichter macht, sodass wir uns mit den schönen

Dingen im Leben befassen können? Gehört Kunst und Kultur nicht mehr dazu? Warum lassen wir uns das denn einfach so wegnehmen?

Im Übrigen will ich anmerken, dass es bereits eine Diskussion zur Kennzeichnungspflicht von vollständig und mithilfe von KI-generierten Büchern gibt, angestoßen unter anderem durch den Kulturausschuss des deutschen Bundestages. Dass so ein Kennzeichen unfreiwillig zum Qualitätssiegel werden könnte, scheint mir unumgänglich. Die EU-KI-Verordnung (2024/1689) enthält hierzu – anders als euch das manche weiß machen wollen – keine Regelung, da Bücher nicht vom Anwendungsbereich der Verordnung erfasst sind (vgl. Artikel 2).

Ich will mir hier nicht die Deutungshoheit anmaßen, aber solche Szenarien sind in vielen Branchen denkbar. Als Jusos müssen wir uns mit ihnen beschäftigen, denn KI birgt neben Umweltschäden auch das Risiko, das Öl im Feuer des Klassismus zu werden und das müssen wir verhindern. Dieser Beitrag wurde selbstverständlich ohne KI erstellt.



Çağatay (22) hat zu viel Porsche- und Apple-Werbung in seinem Leben konsumiert.

SPRACHNACHRICHTEN

LIFE HACK ODER ABFUCK?



Çağatay (22)



Wir alle kommunizieren unterschiedlich. Entsprechend messagen wir auch auf ganz unterschiedliche Weise und müssen diese Tatsache zumindest tolerieren. Soweit die Grundprämisse. Im Folgenden drei Argumente für Sprachnachrichtengebrauch:

Erstens, obwohl man es sich kaum vorstellen kann, gibt es nicht nur Menschen, die gerne Sprachnachrichten senden, sondern auch Menschen, die sie gerne empfangen. Auch wenn ich mich aus dieser Phase gemausert habe, erkenne ich den Charme des Anhörens beim gemütlichen Abendausklang.

Zweitens, sie erleichtern die Kommunikation. Es gibt Personen, die Angst vor Telefonaten empfinden, keine Lust auf ein Commitment zum Telefonat haben oder einfach in 1-2 Minuten ein paar Dinge kommunizieren wollen, ohne einen mühsamen Text zu schreiben. Die geklaute Zeit des Empfängers und die gewonnene Zeit der Absenderin gleichen sich aus. Klar gibt es so manche Schelme, die das ganze auf die Spitze treiben, aber das lässt sich ja wohl kaum verallgemeinern. Zudem bieten Sprachnachrichten eine Alternative, die Misskommunikation im Text vorbeugend entgegenwirkt.

Drittens, Sprachnachrichten sind für zumindest manche Absenderin und manchen Empfänger barrierefreier als Textnachrichten. Insbesondere mit Bezug auf Personen, die Dyslexie haben.

Trotz meines konservativen Grundsatzes „in dubio pro anrufen“ (im Zweifel fürs Anrufen) bin ich Sprachnachrichten nicht abgeneigt – und wenn es euch stört: Sprecht es an! Tipp: In einer Sprachnachricht kommt das auch nicht so fies rüber ;)

Keine Lust zu lesen? Den Text von Çağatay (23) gibt's hier auch als Sprachnachricht:



Lea (25)



Alles, was länger als fünf Minuten dauert, ist kein Gespräch mehr, sondern ein Monolog. Wer noch länger braucht, kann einfach anrufen. Das geht sogar doppelt so schnell, weil die andere Person direkt mithören kann. Wahnsinn, oder?

Ehrlich: Kommunikation ist kein Podcast. Klar, höre auch ich manchmal Freund*innen bei ihrem Alltagsgebrabbel zu, aber erwartet bitte nicht, dass ich auf jedes Detail eingehe. Vollquatschen ohne Gliederung und oft ohne Mehrwert? Begeisterung gibt's dann von mir leider nicht.

Außerdem: Für Sprachnachrichten brauche ich meine ungeteilte Aufmerksamkeit. Ich jedenfalls finde selten Zeit, um mir zehn Minuten Essensplanung, Einkaufslisten und Wochenpläne in Ruhe anzuhören. Es gibt schon einen Grund, weshalb viele Messenger die „2x-Beschleunigen“-Funktion eingebaut haben. Manche Memos sammeln sich echt wie Tassen auf dem Schreibtisch: Man weiß, dass man sie angehen müsste, aber vielleicht geht's noch einen Tag gut. Gleichzeitig wächst mit jedem unbeantworteten Tag das schlechte Gewissen. Und irgendwann denkt man sich: Gut, zwei Wochen später muss ich dir auf die Nachricht wahrscheinlich auch nicht mehr antworten.

(Lange) Sprachnachrichten erzeugen Druck, sich auch viel Zeit für die Antwort zu nehmen. Für die sendende Person ist das bequem, für die empfangende ganz schön viel Aufwand. Eine Textnachricht hätte das verhindern können.

Mein Fazit: Sprachnachrichten sind praktisch, wenn Länge und Kontext zueinander passen. Aber kann man wirklich erwarten, dass jemand zehn Minuten Monolog anhört, nur um danach festzustellen, dass die eigentliche Information in den letzten fünf Sekunden versteckt war? Dafür bin ich nicht gebaut. Und ihr vermutlich auch nicht.

Auch Lea (25) hat, nach etwas Widerstand, mal was eingesprochen:





REZENSION BUCH: DIE HOLLÄNDERINNEN DOROTHEE ELMIGER / HANSA VERLAG

Dorothee Elmigers „Die Holländerinnen“ erzählt von einer Autorin, die im Rahmen einer Vorlesung von einer Expedition erzählt, zu der sie ein Theatermacher eingeladen hatte. Um den wahren Kriminalfall zweier Holländerinnen, die seit 2014 im Panama Delta vermisst werden, für das Theater aufzuarbeiten. Was wie eine interessante Idee klingt, entpuppt sich beim Lesen jedoch wie eine endlose Aneinanderreihung von kulturellen Anekdoten und Anspielungen. Würde ich auch nur eine der handelnden Personen kennenlernen, würde ich es halten wie einige Studierende der Vorlesung zu Beginn der Erzählung: Ich würde aufstehen und gehen.

Denn wer hat schon Lust, nicht nur in der Politik dauernd Leuten zu begegnen, die so hochgestochen sprechen, dass sie eigentlich niemand versteht, nur um sich selbst schlauer darzustellen? Ich nicht – und deshalb habe ich noch weniger Lust, sowas in meiner Freizeit zu lesen.



Ninas Tipp für Zeitmanagement im Ehrenamt:
Nicht jeden Roman mit Buchpreis lesen.



REZENSION APP:

ONLEIHE DEINE ÖRTLICHE BIBLIOTHEK / DIVIBIB GMBH

Klar, ein richtiges Buch hat seinen Charme. In manchen Situationen ist es aber einfach unpraktisch. Wie gut, dass es die App „Onleihe“ gibt! Sie ist der digitale Zwilling eurer Stadtbibliothek. Ihr könnt ganz bequem E-Books, Bücher, Hörbücher, Magazine und Lernangebote ausleihen. Herunterladen, mit dem Bibliotheksausweis einloggen und loslesen oder -hören!

Die Onleihe punktet vor allem mit ihrer großen Auswahl. Von Romanen über politische Sachbücher bis hin zu Hörbüchern und -spielen kann man sich im Zug, im Auto oder auf der Couch gut die Zeit vertreiben. Es geht hier nicht nur um Unterhaltung, sondern auch um Bildung: Kurse lassen sich ebenfalls ausleihen. Besonders großartig ist, dass selbst kleinere Bibliotheken teilnehmen und ihren Nutzer*innen ein „digitales Vollsortiment“ bieten. Der Zugang ist meist im Bibliotheksausweis enthalten. Und der ist unschlagbar günstig: In Dortmund zahlt man z.B. ohne Ermäßigung 24 Euro im Jahr. Bei gewerblichen Anbietern ist man da locker noch zwei Monaten drüber.

Ganz ohne Kritik geht es jedoch nicht. Technisch ist noch Luft nach oben. Die App läuft auf Android etwas runder als auf iOS und insgesamt könnte die Bedienung intuitiver sein. Positiv ist jedoch, dass bereits an einer Nachfolgeversion gearbeitet wird.

Unterm Strich ist die Onleihe ein starkes Angebot der digitalen Daseinsvorsorge. Nicht perfekt, aber nah dran. Wer sie noch nicht nutzt, sollte prüfen, ob die eigene Bibliothek dabei ist. Und falls nicht: freundlich nachfragen.

Lea (25) testet öffentliche Infrastruktur im Selbstversuch. Ergebnis: zwei Bibliotheksausweise in zwei Orten, keine Mahngebühren.



Impressum:

Herausgeber:
Jusos in der SPD
SPD Landesverband
Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestraße 12
40213 Düsseldorf

Tel.: 0211 136 22 325
Web: www.nrwjusos.de
E-Mail: info@nrwjusos.de
Instagram: @nrwjusos
TikTok: @nrwjusos
Telegram: t.me/nrwjusos

Redaktion:
Joris Niggemeier (V.i.s.d.P.),
Aylin Genc, Jonas Kamrath, Evin Kina,
Maximilian Lykissas, Çağatay Maloğlu,

Grafik: Pascal Skwara | skwara.de
Druck: Druckhaus Kruse
Auflage: 10.000

Erscheint dreimal im Jahr

Bildnachweis:

Autor*innenbilder & allgemeines Layout: Pascal Skwara.
P06/07: Portrait Jochen Ott von Pascal Skwara. Weitere Bilder @nrwjusos. P10: Yannick Zierden, INEOS. P12/13: pocketlight on iStock. P15: Maria Di Lorenzo on unsplash. P22-25: Caritas international, Hannah Kikwitzki, Philipp Spalek / Caritas international (P24). P26/27: Jusos Brüssel, Immo Wegmann on unsplash, Emdee on wikimedia commons. P30: Dorothee Elmiger / Hansa Verlag; divibib GmbH. P31: Haut et Court, If... Productions, Liman Film, Ilker Çatak; Harry Styles, Sony Music.


REZENSION FILM:

GELBE BRIEFE

İLKER ÇATAK



Mit „Gelbe Briefe“ liefert der deutsche Regisseur İlker Çatak den heiß erwarteten Nachfolger zu seinem os-carnominierten Drama „Das Lehrerzimmer“. Ihm gelang eine kluge Gesellschaftskritik, die ihm sogar den Goldenen Bären der diesjährigen Berlinale bescherte. Der letzte deutsche Film, dem dies gelang, war Fatih Akins Drama „Gegen die Wand“ im Jahr 2004.

Mit diesem Wissen im Hinterkopf besuchte ich im März die Kölner Premiere von „Gelbe Briefe“ und wurde nicht enttäuscht. Im Film geht es um ein türkisches Künstler*innenpaar aus der Theaterszene, das aufgrund seiner regierungskritischen Haltung seine Jobs verliert. Was daraus folgt ist eine Zerreißprobe für ihre Familie und ihr privates Umfeld. Zwischen moralischer Integrität und dem Wunsch wieder zur Normalität zurückzukehren lavieren die Charaktere durch den Film und offenbaren einen Einblick in ein Leben, das wegen staatlicher Willkür am seidenen Faden hängt und in dem vieles neu verhandelt werden muss. Özgü Namal und Tansu Biçer verkörpern die beiden Hauptrollen mehr als glaubhaft und schaffen es, den immer tiefer werdenden Graben zwischen den Eheleuten erschreckend real werden zu lassen. Seda Türkmen vervollständigt die Kernfamilie als rebellische Teenie-Tochter, die versucht, sich in all dem Chaos ihre persönliche Freiheit zu bewahren.

Die zwei wichtigsten Stars des Films dürfen jedoch nicht vergessen werden. Berlin als Ankara und Hamburg als Istanbul. Der Film soll zwar in der Türkei spielen, aber wurde bewusst in Deutschland gedreht. Die Rollen der Städte werden in dem Film sogar mit Titelkarten ausgezeichnet, Autokennzeichen, Straßenschilder und Schriftzüge an Gebäuden bewusst nicht verändert. Szenen, die wir sonst nur in autokratischen Staaten vermuten, spielen in deutschen Straßen. Die Frage, die hier aufgeworfen werden soll: Wie steht es eigentlich hier bei uns um Meinungs- und Kunstfreiheit? Es ist eine unbequeme Frage, aber eine, die wir uns im Rahmen von immer autoritärer werdenden Diskursen stellen müssen. Wer darf wo sprechen? Wann wird Kunst zu Widerstand? Überlebt unser privates Umfeld die Einschränkung der Meinungsfreiheit?

Der Film bietet nicht auf all diese Fragen endgültige Antworten. Vielleicht muss er das aber auch nicht. So viel Gedankenfutter habe ich nach einem Kinobesuch schon länger nicht mehr gehabt. Da kann man auch beinahe über das eilig herbeigebrochene Ende des Films hinwegsehen.

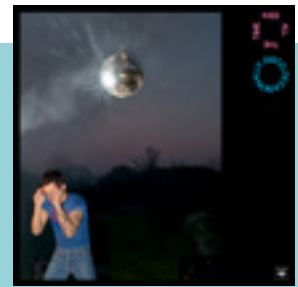


Dennis (27) nutzt sein Cineville-Abo nur für Qualitätskino.


REZENSION ALBUM:

KISS ALL THE TIME. DISCO, OCCASIONALLY.

HARRY STYLES / SONY MUSIC



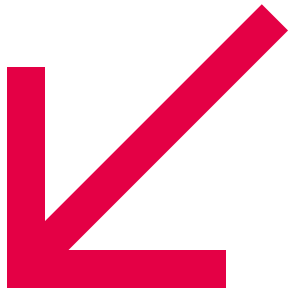
Eine warme Brise am Frühlingstag, casual kisses und Aperol am Nachmittag an der Spree. Das ist dieses Album. Dieses Album fühlt sich genau so an, wie es entstanden ist. Warme Spaziergänge durch Berlin, das Warten auf große, bahnbrechende Situationen, während man innerhalb des Wartens seine Zufriedenheit in der beeindruckenden Ereignislosigkeit des Alltags findet.

Mit der Single „Aperture“ kündigte Harry sein Album an. Aperture ist die Blende, die sich öffnet und steuert, wie viel Licht ins Objektiv fallen darf. Aperture ist der leichte, anlasslose Spaziergang, bei dem man die winzigen Details des Alltags wahrnimmt, die wir viel zu oft übersehen- die blühenden Bäume, die singenden Spatzen oder den wehenden Wind. Wenn man sein Objektiv ein Stück öffnet, findet man, was zu einem gehört. Oder wohin man gehört. Wenn man halt gerade will.

Das Album zelebriert mit warmen Synthesizern alles, was ganz alltäglich ist und dadurch oft übersehen wird. Das, was sonst immer zu wenig ist, um besonders zu sein. Aber in diesem Album ist es perfekt. Ein Nachruf auf das Alleinsein in Paris in „Taste Back“, einfach ein bisschen casual verliebt sein in „American Girls“, Orientierungslosigkeit und Frustration in „The Waiting Game“. Manche sind von der angeblichen Durchschnittlichkeit des Albums enttäuscht, ich liebe es. Zufriedenheit und Liebe in allem finden, auch beim Spaziergang durch die graueste Straße Dortmunds. Hört es euch an! Ready, Steady, Go!



Michelle (20) liebt Harry Styles seit One Direction. In jeder ihrer entscheidenden Lebensphasen hat Harry ein Album rausgebracht. In dieser ist sie besonders dankbar dafür.



WANTED

STADT.LAND.LINKS

Du hast 5 Minuten und Ideen, wie wir das Magazin weiterentwickeln können? Dann nimm an unserer Umfrage teil:

DAS MAGAZIN GEFÄLLT DIR?



SCHON. DU HAST IDEEN, WIE ES BESSER GEHT? NOCH BESSER. DU BIST FREUND*IN VOM „SELBER MACHEN“ UND HAST EIN FAIBLE FÜR PRINT (MIT DIGITAL)? DANN LIES JETZT WEITER:

*Wir drehen unser Juso-Verbandsmagazin auf links und starten neu durch – mit dir! Die Idee: wir bringen mehr „Verband“ in das Magazin und bauen eine Redaktion von motivierten Juso-Redakteur*innen auf, die ab der nächsten Ausgabe übernimmt.*

Bewirb dich jetzt und werde Teil der neuen Redaktion der Stadt.Land.Links!

Wir suchen sieben ehrenamtliche Redakteur*innen mit folgendem Profil:

- Du hast ein Faible für Print und Lust, unser Magazin weiterzuentwickeln.
- Du recherchierst gerne und schreibst Texte, die informieren, unterhalten und begeistern.
 - Du scheust keine Debatten, sondern gestaltest sie mit Impulsen mit.
- Du bist verlässlich und organisationsstark in der Ansprache von Gastautor*innen.
 - Du hast Spaß an der Zusammenarbeit im Team.
 - Und, natürlich: Du bist Juso aus NRW.

Dennis Schnittke,
neuer Chefredakteur
der Stadt.Land.Links

Lea Bongers,
neue Chefredakteurin
Stadt.Land.Links

Wichtig: Schick uns bis zum 3. Mai deine Bewerbung, denn wir legen bald schon los mit der neuen Redaktion und mit der nächsten Ausgabe.

Wir freuen uns auf dich und auf das neue Kapitel unserer Stadt.Land.Links

Herzliche Grüße
Dennis & Lea

Hier findest du unsere
Ausschreibung:

